

b unabhängige **auernstimme**



Protest bei der internat. Agrarministerkonferenz



Die Jugend lebt Europa – nicht nur in Berlin



Gerechte Agrarpolitik für eine moderne Landwirtschaft



Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Jetzt umsteuern!



Die Seite 3

Europa leben! 3



Agrarpolitik

Stopp TTIP! - Stopt CETA! 4

Noch ist nicht aller Tage Abend 5



Märkte

Isofluran in der Praxis 7

Pigport 5 mit Großgruppen 10

Umbau der Landwirtschaft ohne die politisch Verantwortlichen 20

„Bio im LEH bleibt meist Greenwashing“ 12



Bewegung

Volksbegehren nimmt Fahrt auf 8

„Der Widerstand geht aber weiter“ 16

Wieder Berlin - doch ganz anders 17

Die kritische Debatte zu Neuland, Tönnies und Aldi 20



Schwerpunkt

Eine für Alles 11

Eigentlich wollen fast alle eine neue GAP 12

„Kleine Bauernbetriebe braucht das Land“ 12

Längst weiter als Bullerbü 13

Agrarministerkonferenz gibt „gefährliches Heilsversprechen“ 14



Bewegung mit Verantwortung

Viele sind sich einig: „Eine tolle Veranstaltung“. Weit über 30.000 junge und jung gebliebene Menschen, angeführt von 171 Bäuerinnen und Bauern mit ihren Traktoren, demonstrieren am 19. Januar 2019 in Berlin. Die Botschaften sind deutlich: Bauernhöfe statt Agrarindustrie. Essen ist politisch. Kein langweiliges Ritual, kein Hass und Hetze, dagegen viele neue Kräfte, Ideen, freundlich und entschlossen. Ein gutes und positives Medienecho. Die Demonstration liefert reichlich Gesprächsstoff im politischen Berlin und im Bundesgebiet. Keine andere Bewegung hat in Deutschland neun Jahre in Folge so viele Menschen auf die Straße gebracht wie die „Wir haben es satt-Demonstration“. Die AbL ist seit Beginn sehr aktiv mit dabei und nicht außen vor, das ist gut so.

Landwirtschaft und Agrarpolitik sind nicht nur zur „Grünen Woche“ ein gesellschaftliches Thema. Der Lebensmitteleinzelhandel hat unsere Diskussion längst aufgegriffen, platziert Antworten in den Regalen, die Politik hinkt hinterher. Die durchsichtige Strategie von interessierten Kreisen, diese Bewegung als landwirtschaftsfeindlich beiseite zu schieben, geht nicht auf. Bauern und Zivilgesellschaft halten gemeinsam dagegen, auch wenn das bei zum Teil unterschiedlicher Interessenlage nicht immer einfach ist. Zur Überheblichkeit haben wir keinen Anlass. Im Gegenteil: Unsere politische Verantwortung für das weitere Vorgehen wächst. Zu drängend sind die großen Herausforderungen: Hunger in der Welt, Verletzung der Menschenrechte, das Auseinanderklaffen der Schere zwischen Reichtum und Armut, zunehmende soziale Ungerechtigkeit und Wegbrechen nicht nur bäuerlicher Strukturen, Klimawandel, Artensterben. Nicht nur der Weltwirtschaftsgipfel von Davos reagiert darauf mit großer Ratlosigkeit, auch Berlin und Brüssel haben vielfach keine entschlossenen zukunftsweisenden Antworten. „Die Frage ist nicht, welche Zukunft man hat oder erduldet, die Frage ist, welche Zukunft man haben will und wie man darauf hinlebt und hinarbeitet“, so Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung. Recht hat er.

Moderation und Dialogpflege reichen nicht mehr. Die Bundesregierung und das Bundeslandwirtschaftsministerium sind aufgefordert, aktiv zu gestalten, endlich klare, verlässliche und zukunftsgerichtete Rahmenbedingungen zu beschließen und umzusetzen. Eine Illusion? Die Kohlekommission der Bundesregierung hat einen zeitlichen und finanziellen Fahrplan zum Ausstieg aus dem Braunkohleabbau mit kurz- und mittelfristigen Schritten vorgelegt. Agrarpolitisch übersetzt heißt das: Der praktische Umbau zu einer artgerechten Tierhaltung und zu umwelt- und klimaschonenden Ackerbau steht auf der Tagesordnung von Politik, Verbänden und uns allen. Er wird Geld kosten. Überall denken Bäuerinnen und Bauern darüber nach, wie es für sie und ihren Hof weiter gehen soll. Sie sind zu Veränderungen bereit und möchten gesellschaftlich akzeptierte Landwirtschaft betreiben, wenn ihre Arbeit wertgeschätzt wird, sie wirtschaftlich mitgenommen werden und nicht auf den Kosten hängen bleiben. „Zuschauen geht nicht mehr. Wir müssen selber was tun“, so ein Kollege auf der bayerischen AbL-Versammlung. Das soll und kann den notwendigen agrarpolitischen Rahmen nicht ersetzen, sondern macht ihn umso dringender.

Unsere Bewegung steht vor spannenden Diskussionen. Wagenburgen bringen keine Lösungen. Hinsichtlich der Konsumverschwendung und des Ressourcenverbrauchs müssen wir uns alle an die Nase fassen. Berechtigte Forderungen zu erheben genügt nicht, wir müssen uns mehr um Vereinbarungen für konkretes Handeln einsetzen. Das stellt unsere Bewegung vor die Aufgabe, das Verbindende statt das Trennende in den Vordergrund zu stellen. Kein Zweifel: Der Flügel des „weiter so wie bisher“ ist noch nicht erlahmt und versucht, seine Pfründe zu sichern. Schaffen wir es trotzdem? Hinter der Bühne am Brandenburger Tor habe ich auf einen Plakat in der Akademie der Künste gelesen: „Wir sind viele. Jeder Einzelne von uns.“ Worauf warten wir?

Georg Janßen
AbL-Bundesgeschäftsführer

Europa leben!

Ein Plädoyer für mehr Begegnung und Bewegung in Europa

Die europäische Einigung ist Weltgeschichte auf höchstem Niveau. Dass die einst tief verfeindeten Nationen des alten Kontinents es geschafft haben, seit fast 70 Jahren friedlich und erfolgreich zusammenzuarbeiten, wird in vielen Regionen der Welt bewundert. Die drei Prinzipien Demokratie, Solidarität und Nachhaltigkeit haben Europa zusammengehalten, trotz vieler wirtschaftlicher und politischer Übergriffe der Mächtigen – vor allem Deutschlands. Die EU gilt in Osteuropa, Asien, Afrika und Lateinamerika immer noch als anerkannte Beratungsinstanz für friedliche, grenzübergreifende Kooperation und Integration. Ihre Anziehungskraft nährt sich im Gegensatz zu Militärbündnissen wie der NATO nicht aus Angst vor den Nachbarn, sondern vielmehr aus der Hoffnung auf demokratische und nachhaltige Entwicklung. Aber zu viele Europäer mögen ihre Union nicht. Sie empfinden die Institutionen als bürokratisch, kalt und fern. Politiker aller Couleurs und Länder haben an diesem Image mitgewirkt. Sie können daheim mit Beifall rechnen, wenn sie „Brüssel“ als undemokratisches Monster an die Wand malen und sich selbst als Opfer des Molochs. Aber die Distanz der Menschen zu Europa ist hausgemacht. Es gibt immer noch keine europäische Öffentlichkeit. Die nationalen Medien erzählen nationale Geschichten von Europa. Die hören sich in England ganz anders an als in Frankreich oder Italien. Europäische Politik steht wenige Monate vor der Wahl zum Europäischen Parlament 2019 für Hilflosigkeit vor „den Märkten“, zunehmend antieuropäischem Populismus und einer galoppierenden Erosion der Demokratie.

Stadt und Land

Die Beziehungen zwischen Land und Stadt sind in Europa so zwiespältig wie überall auf der Welt. Die Stadt zieht Menschen an, das Land verliert sie. Auf dem Land bleiben die Alten, die Verlierer – oder die besonders Wettbewerbsfähigen. Der größte Teil der ländlichen Regionen gilt als benachteiligt und bekommt Ausgleichszahlungen aus Europa, allerdings insgesamt viel weniger, als die begünstigten Gebiete und Agrarindustrien an Subventionen erhalten. Das sind zwei ungleiche Welten, die zunehmend auseinanderfallen. Europas Landwirtschaft wurde ein Industrialisierungsmodell aufgezwungen, das den Böden zunehmend die Fruchtbarkeit

nimmt, die Pflanzen von Mineraldünger und Pestiziden abhängig macht, die Tiere in ungesunde Leistungssysteme zwingt und Bäuerinnen und Bauern dem so geschaffenen Strukturwandel atemlos hinterherrennen lässt. Die Städte wachsen ins Land und konsumieren mit Wohnungsbau und Infrastruktur immer mehr landwirtschaftlichen Boden. Land wird auch deshalb knapp und teuer, weil Spielgeld aus den städtischen Finanzzentren sichere Landeplätze sucht und zunehmend Kapitalgesellschaften in die Landwirtschaft einsteigen. Der Anteil, den die Bauern und Bäuerinnen aus der Wertschöpfungskette bekommen, wird trotz stetiger Rationalisierung immer kleiner. Das Modernisierungsversprechen hat sich immer zugunsten der Stadt ausgewirkt. Dass die Europäische Agrarpolitik den dringenden Anforderungen wie Klimaschutz, Erhaltung der Biodiversität und der Bodenfruchtbarkeit so hoffnungslos hinterherhinkt, liegt daran, dass die in den 50er-Jahren festgelegten Ziele bis heute unverändert geblieben sind. Doch Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität stehen heute in einem völlig anderen gesellschaftlichen Zusammenhang als damals. Als es eine Chance gab, bei den Verträgen von Maastricht oder der gescheiterten Europäischen Verfassung diese Ziele an die neuen Herausforderungen anzupassen, wollte kein einziger Mitgliedstaat an den veralteten Zielen rühren, allen voran blockierte dies Deutschland. Die bisher erfolgreiche Verhinderung einer zeitgemäßen Reform der klassischen Agrarpolitik beruht außerdem auf einem ausgeprägten nationalen Egoismus der Mitgliedstaaten. Der Trend zur Re-Nationalisierung der Gemeinsamen Agrarpolitik ist in den neuen Reformvorschlägen zur GAP nach 2020 nun deutlich erkennbar. Zwar werden die Mitgliedstaaten in die Pflicht genommen, im Bereich der Direktzahlungen strategische Pläne aufzulegen, mit denen sie die speziellen Probleme ihrer Landwirtschaft zu lösen gedenken. Sie sollen darin den Landwirten Maßnahmen für Klimaschutz, Biodiversität und nachhaltige Bewirtschaftung anbieten. Aber weder eine Verpflichtung zur Anwendung dieser Maßnahmen noch eine wirkungsvolle Evaluierung ist auf EU-Ebene vorgesehen.

Europa geht anders

Bei aller Kritik an ihren Schwächen dürfen wir nicht die vielen gelungenen Ge-



Mit Freude, Offenheit und konkreten Vorstellungen europäischer Werte Foto: Nürnberger

schichten Europas verschweigen. Wir haben uns ziemlich erfolgreich gegen Hormonfleisch und Gentechnik in der Landwirtschaft gewehrt und eine vergleichsweise große Vielfalt an Landwirtschafts- und Esskulturen erhalten. Statt regionale Spezialitäten im anonymen Markt der Marken untergehen zu lassen, haben Ursprungsbezeichnungen die Vielfalt an Weinen, Käsesorten und anderen vor Beliebigkeit und Entwertung geschützt. Auch die biologische Landwirtschaft, der agrarökologische Umbau und zahlreiche Umwelt- und Tierschutzinitiativen entwickeln sich erstaunlich schnell. Wir leben in einer zunehmend aktiven Zivilgesellschaft, Agrarbündnisse wie „Meine Landwirtschaft“ und „Pour une autre PAC“ entwickeln gemeinsame europäische Strategien und Aktionen. Es macht Mut zu sehen, dass sich viele dieser Initiativen über nationale und Sprachgrenzen hinweg verständigen und zusammenwachsen. Trotz allem fällt es derzeit schwer, sich bei den kommenden Europawahlen ein Ende des grassierenden Populismus vorzustellen. Demokratie und notwendige Reformen werden also zunächst einmal zu Hause zu verteidigen sein, um auch in Europa Schlimmeres zu verhindern. Wir müssen dabei die Entwicklungen in anderen Mitgliedstaaten und Regionen kennen und nach Verbündeten suchen, um neue Spielräume europapolitisch nutzen zu können. Die Vorschläge der EU-Kommission könnten solche Spielräume bieten, wenn es uns gelingt, gemeinsame sozialökologische Kriterien für die EU-Förderung durchzusetzen. Dazu gehören Maßnahmen für den Klimaschutz, die in der Förderung von Fruchtfolgen und Bodenverbesserung verpflichtend verankert sind, ebenso wie eine Umverteilung der Hektarprämien zugunsten kleinerer arbeitsintensiver Betriebe. Wichtig wird auch sein, Haushalt und Maßnahmen für die ländliche Entwicklung gegen Kürzungen zu verteidigen,

damit Infrastruktur und Partnerschaften entstehen können, die der Landwirtschaft und anderen Sektoren ermöglichen, einen größeren Teil der Wertschöpfung wieder in ländliche Regionen zurückzuholen.

Es geht um nicht weniger als einen europaweiten Konsens, dass wir politische Rahmenbedingungen vom Ordnungsrecht über Förderkriterien bis hin zu Umverteilung der Entwicklungschancen in Europa zur Bedingung für alle Mitgliedstaaten machen. Freizügigkeit und Zusammenhalt werden in Europa nur Bestand haben, wenn sie für die Menschen im Alltag erfahrbar sind. Dazu gehören vor allem neue Begegnungen. Wie wäre es, mit einem Programm wie „FarmErasmus“ Erfahrungsaustausch zwischen Europas Bäuerinnen und Bauern zu ermöglichen? Es lohnt sich, nach den Menschen und Projekten zu suchen, die in Europa eine neue demokratische Dynamik für mehr Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit auf den Weg bringen. Wir sollten uns auf eine Reise durch die Länder Europas machen, um neue Kontakte und Bündnisse zu schaffen, mit der die kritische Substanz für wirkliche Veränderungen und Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik zusammenkommt.



Hannes Lorenzen, Agrarsoziologe und Berater im EU-Agrar-Ausschuss Der vollständige Text steht im Kritischen Agrarbericht 2019

Stoppt TTIP! – Stoppt CETA!

Bäuerinnen und Bauern fordern faire Handelsbedingungen

Digitalisierung realistisch betrachten

Landtechnikpionier Michael Horsch überraschte auf dem Food and Farm 4.0 Kongress mit seinen Einschätzungen zur Digitalisierung. Bislang war er als Verfechter des Einsatzes neuer Technologien wie die Digitalisierung aber auch die Gentechnik als Mittel der Produktionssteigerung aufgetreten. Nun rückte er zum einen die Nahrungsmittelqualität in den Vordergrund. Außerdem erklärte er, die Bilanz der Digitalisierung im Ackerbau falle ernüchternd aus. Internationale Vergleiche zeigten, dass der Reinertrag der Unternehmen umso geringer sei, je höher der Digitalisierungsgrad im Ackerbau ausfalle, so Horsch. Erfolgversprechende Anwendungen der Zukunft sieht er unter anderem in der Sicherung der Rückverfolgbarkeit von Produkten, um dadurch spezifische Erzeugungssysteme abzusichern. Lediglich in der Tierproduktion halte die Digitalisierung bislang, was sie verspreche. Auch der Geschäftsführer von des Softwareanbieters 365FarmNet, Maximilian von Löbbecke, empfahl einen realistischen Blick auf das Thema Digitalisierung. Es müsse ein erkennbarer Mehrwert und die Nutzbarkeit gegeben sein. Bäuerinnen und Bauern hätten immer dann Interesse und würden Systeme nutzen, wenn es um Effizienzsteigerung und Entlastung ginge. Dagegen fehle dem Precision Farming bislang an der „Masentauglichkeit“. *cs*

Mehr US-Soja

Die EU hat im zweiten Halbjahr 2018 ihre Sojabohnenimporte aus den USA mehr als verdoppelt. Dieser Zuwachs dürfte vor allem daran liegen, dass China aufgrund des Handelskrieges mit den USA hohe Einfuhrzölle auf US-Soja verhängt hatte. Zugleich importierte China verstärkt Soja aus Brasilien. Der Preis für brasilianische Bohnen stieg an, die Preise für US-Soja hingegen fielen drastisch. Auf diesen Preisverfall reagierten die Importeure. Das mengenmäßig weitaus wichtigere Importprodukt der EU ist allerdings Sojaschrot. Im Erntejahr 2017/18 führte die EU 14,1 Mio. Tonnen Bohnen und 18,8 Mio. Tonnen Schrot ein, was 23,5 Mio. Tonnen Bohnen entspricht. Schrot kommt hauptsächlich aus Südamerika, die USA spielen hier keine Rolle. Gentechnikfreie Soja ist von der Marktverschiebung nicht betroffen, sondern kommt weiterhin v. a. aus Brasilien. Zunehmend wird auch Soja innerhalb der EU geerntet. Diese Anbaufläche hat sich seit 2013 verdoppelt: 2018 ernteten die EU-Landwirte 2,8 Mio. Tonnen Soja, vor allem in Rumänien, Frankreich und Italien, so die Europäische Kommission. *av*

Englische Milchbauern geben auf

Allein im Oktober und November 2018 gaben 80 Milcherzeuger in England und Wales ihre Betriebe auf. Damit sind nur noch 9.203 Milchbetriebe registriert, nicht einmal halb so viele wie noch 2002. Für Schottland und Nordirland werden die Zahlen separat erfasst. Während die Zahl der Betriebe drastisch gefallen ist, blieben die Gesamtzahl der Tiere und die Produktion jedoch gleich. Größere Betriebe haben in England und Wales offenbar bessere Überlebenschancen. Großbritannien ist der drittgrößte Milchproduzent in der EU, der Milchverbrauch sinkt jedoch stetig weiter. Dafür ist der Konsum von veganen Milchalternativen seit 2015 um 30 % gestiegen. Weitere Faktoren, die britische Milchbauern zum Aufgeben zwingen, sind die Schwankungen bei den Milchpreisen, das hohe Durchschnittsalter der britischen Farmer von 59 Jahren und die durch den Brexit verursachte Unsicherheit bezüglich der Exportchancen für Milch und Milchprodukte nach dem 29. März. *ml*

Zwanzig Traktoren und 150 Bauern kamen an die deutsch-belgische Grenze, um gemeinsam gegen abgeschlossene und noch zu verhandelnde Freihandelsabkommen zu demonstrieren. Vertreter aus sieben europäischen Ländern waren an diesem Freitagmittag Ende Januar an die deutsch-belgische Grenze gekommen, um ihre Visionen eines gemeinsamen Europas mit offenen Grenzen, fairen Preisen und einer klimafreundlichen, zukunftsfähigen bäuerlichen Landwirtschaft zu bekunden. In der gemeinsamen europäischen Bauernerklärung fordern die 17 unterzeichnenden Verbände eine faire und verantwortungsvolle Handelspolitik. Diverse Handelsabkommen wie CETA (Kanada), TTIP (USA) oder JEFTA (Japan) führen dazu, dass landwirtschaftliche Erzeugnisse immer wieder durch Exporte mit Dumpingpreisen in anderen Ländern die dortigen Märkte zerstören. „Beim Thema Freihandel hat die Bevölkerung immer Angst vor Importen, vor dem Verfall von Standards im eigenen Land“, sagt Erwin Schöpges, Präsident des European Milk Board (EMB). Dabei gäbe es auch die Exporte. Beispielsweise wird das europäische Milchpulver zu Dumpingpreisen nach Afrika exportiert und zerstört dort die regionalen Märkte. Hans Götz, Vorstandsvorsitzender des Niederlande Melkveehouders Vakbond, bezieht sich auf die allseitigen Versprechen der Politiker. „Auf der einen Seite versprechen die Politiker, sich für bessere und faire Preise einzusetzen. Aber sie wollen auch Freihandelsabkommen. Das ist nicht möglich, wenn der Markt mit billigen Produkten kaputt gemacht wird!“, stellt der Milchbauer fest. Immer mehr Probleme für die Umwelt und das Klima sieht Christian Wirtz, Vizepräsident der Milcherzeuger-Interessengemein-

schaft in Belgien, durch die Freihandelsabkommen auf Europa zukommen. Ganz ähnlich argumentiert auch Claude Girod von der Confédération Paysanne, wenn sie fragt: „Welches Recht haben wir, den Anspruch zu erheben, die Welt ernähren zu wollen und damit anderen das Recht abzusprechen, sich selbst zu ernähren?“ In eine Reihe mit der Wir-haben-es-satt-Demo wenige Tage zuvor in Berlin stellt der Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Georg Janßen die gemeinsame Grenzaktion. Er verweist auf die vielen Tausend Schüler, die an diesem Freitag zeitgleich in Berlin für einen Kohleausstieg und eine klimafreundliche Energiepolitik demonstrieren. „Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos diskutiert man derzeit ungerührt, wie es gelingt, mehr Globalisierung zu ermöglichen“, kritisiert Janßen, „das nutzt aber nur der Wirtschaft und geht zu Lasten der Menschen und der ländlichen Regionen.“

Stopp Freihandel

Nachdruck verliehen die Vertreter der beteiligten Verbände ihren Worten, indem sie die Vertragstexte der aktuell aktuellen Freihandelsabkommen wie CETA (Kanada), TTIP (USA), Mercosur und JEFTA (Japan) in den Dreck warfen und zertraten. Gleichzeitig machten alle Redner deutlich, dass es keine Lösung ist, zu nationalistischen Marktabschottungen zurückzukehren. Die bevorstehende Europawahl im Mai, so die von allen unterstützte Botschaft von Berit Thomsen, Handelsexpertin der AbL, bietet die Chance, sich für ein freies, demokratisches Europa und gegen marktliberale Politik sowie nationalistische und populistische Strömungen zu entscheiden. *mn*



Über Grenzen hinweg verbunden für gemeinsame Ziele

Foto: Nürnberger



Noch ist nicht aller Tage Abend

Stellungnahme des Generalanwalts zum Konzernklagemechanismus bei CETA

Am letzten Dienstag im Januar 2019 legte der Generalanwalt Yves Bot des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) seine Feststellungen zum CETA-Schiedsverfahren (ICS) vor. Hierbei geht es um die Vereinbarkeit des Mechanismus mit dem EU-Recht. Der Mitgliedsstaat Belgien hatte diese Frage an den EuGH gerichtet (Stellungnahme 1/17), um sicherzustellen, dass unerwünschte externe Folgen, wie internationale Verantwortung, vermieden werden bevor das Abkommen CETA vollständig in Kraft tritt. Bots Einschätzung ist nun, dass der Schieds-Mechanismus des Abkommens mit dem europäischen Recht vereinbar ist und dass das Freihandelsabkommen zwischen Kanada und der EU (CETA) unverändert bleiben kann. Das sind nur vermeintlich schlechte Nachrichten für eine breite kritische Bewegung gegen die Konzernklagen, die zuletzt rund 3,3 Millionen Unterschriften gegen das Freihandelsabkommen TTIP mit den USA sammelte, das ebenfalls einen Schieds-Mechanismus enthält (ISDS). Doch noch ist nicht aller Tage Abend, denn die Stellungnahme des Generalanwalts ist nur ein erster Schritt im Verfahren und der Gerichtshof muss seinen Vorgaben nicht folgen. Eine endgültige Entscheidung wird innerhalb von zwei bis drei Monaten erwartet.

Autonomie des EU-Rechts

Eine Reihe von bislang erstellten Stellungnahmen und Urteilen, die die Wechselbeziehungen zwischen internationalen Gerichten und dem EU-Recht beschreiben haben meist befunden, dass durchaus ein Konflikt zwischen beiden besteht. Im letzten Jahr erst folgte der EuGH nicht der Stellungnahme des Generalanwalts im Fall Achmea. Dabei handelte sich um einen Streitfall eines bilateralen Investitionsvertrag zwischen den Niederlanden und der Slowakei (NL-SK-BIT). Der EuGH stellte

fest, dass ein internationales Streitbeilegungssystem zwischen zwei Mitgliedsstaaten vor allem gegen den Grundsatz der Autonomie des EU-Rechts verstößt. Die Stellungnahme wurde mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und stellte die Zukunft des Schieds-Mechanismus weiter auf unsicheren Boden. Auch die EuGH-Stellungnahme 1/17 könnte entscheidende Auswirkungen auf die Architektur der EU-Handels- und Investitionsabkommen haben. Nach der Stellungnahme 2/15 zum Freihandelsabkommen mit Singapur hatte der Rat beschlossen, dem Vorschlag der Kommission zu folgen, und die umfassenden Freihandelsabkommen aufzuspalten: in einen Handelsteil, der ausschließlich auf europäischer Ebene ratifiziert wird und einem „gemischten“ Teil, sprich von allen Mitgliedsstaaten abzustimmenden, Investitionsschutzteil zu trennen. Die EuGH-Stellungnahme 1/17 könnte zu einer „endgültigen Aufspaltung“ führen: Wenn das ICS-System von CETA mit der EU-Rechtsordnung unvereinbar wäre, könnte die EU überhaupt keine Investitionsschutzabkommen mehr abschließen. Das könnte, sofern es daraufhin keine klaren Leitlinien für die politischen Änderungen gibt zukünftige Beitritte der EU zu internationalen (Schiedsgerichten) oder Tribunalen in weite Ferne rücken lassen. Dies ist nur eine der Forderungen, die seit dem 22. Januar 2019 bereits über eine Viertelmillion europäische Bürgerinnen und Bürger in einer neu eingerichtete Petition zum Stop der Konzernklagen und zum Schutz der Menschenrechte erheben. Die Bewegung wächst stetig und ist der Meinung, dass CETA und ISDS / ICS nicht mit Demokratie vereinbar sind und keine Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit, wie Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit geben.

Nelly Grotefendt,

Forum Umwelt und Entwicklung

Blauzungenerreger nachgewiesen

Mitte Dezember wurde bei einer Routineuntersuchung in Baden-Württemberg wieder ein Ausbruch der Blauzungenerkrankung (Blue-tongue disease, BT) festgestellt. Der „Ausbruch“ ist aber vor allem ein mikrobiologischer Nachweis. Wirklich kranke Tiere sind bisher noch nicht aufgetreten. Auch wenn inzwischen viele weitere Untersuchungen gezeigt haben, dass der Erreger auch in vielen anderen Regionen im Blut von Tieren, Rindern, Schafen und Ziegen nachgewiesen werden konnte. In Folge eines Nachweises wird um die betroffenen Betriebe im Umkreis von 150 km ein Sperrgebiet eingerichtet. Da inzwischen weitere Nachweise auch in Rheinland-Pfalz und dem Saarland erfolgten, hat sich das Sperrgebiet von Baden-Württemberg über Rheinland-Pfalz und das Saarland bis weit nach Hessen ausgebreitet. Neben lebenden Tieren sind auch Samen, Eizellen und Embryonen mögliche Virusüberträger. Anders als im Jahr 2012, als die Krankheit zuletzt nachgewiesen wurde, wird bisher eine Impfung nur empfohlen. Damals sollte eine verpflichtende Impfung eine weitere Ausbreitung des Virus verhindern und Deutschland wieder zum BT-Freistatus bringen. Problematisch ist das Seuchengeschehen vor allem für die Tierhalter der im Sperrgebiet liegenden Regionen, weil ein Verbringen außerhalb der Sperrzone nur nach vorheriger Impfung oder einer negativen Untersuchung auf BTV-8 zulässig ist. mn

Feinstauberreger Landwirtschaft

Mitten ins mediale Vorfeld der Grünen Woche platzte das ARD-Magazin Monitor mit einer noch unveröffentlichten Studie des Max-Planck-Instituts zur Feinstaubbelastung durch die Landwirtschaft. Durch Ammoniaküberschüsse in der Luft, so die Wissenschaftler, bilde sich Feinstaub. Die Landwirtschaft trage mit einem Anteil von 45 % erheblich zur Feinstaubbelastung in Deutschland bei. Feinstaub sei pro Jahr für 120.000 vorzeitige Todesfälle verantwortlich, das heißt dann, 50.000 gingen auf das Konto vor allem der landwirtschaftlichen Intensivtierhaltung. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) kündigte an, dass der Ammoniak-Grenzwert von 550.000 Tonnen künftig eingehalten werden solle, allerdings gehe das nicht „von heute auf morgen“. Der Bauernverband hält die Einhaltung einer EU-Richtlinie in Deutschland, nach der die Ammoniak-Emissionen bis 2030 um 29 % gesenkt werden sollen, für nicht realistisch. Präsident Rukwied bezeichnete die Nennung von Todesfallzahlen in dem Zusammenhang als unmoralisch. cs

Handel kennzeichnet Fleisch

Während im Bundeslandwirtschaftsministerium noch über die Tierwohlkennzeichnung diskutiert wird, schafft der Handel wieder einmal Fakten und hat pünktlich zur Grünen Woche die Einführung einer einheitlichen Haltungskennzeichnung angekündigt. Unter dem Dach der Initiative Tierwohl (ITW) komme „der Handel dem Verbraucherwunsch nach mehr Erkennbarkeit und Transparenz nach“. Die bereits eingeführten Systeme einzelner Unternehmen sollen zugunsten der Kennzeichnung „Haltungsform“ wieder verschwinden. Das vierstufige Label wird von der ITW wie folgt beschrieben: „Die erste Stufe ‚Stallhaltung‘ entspricht dabei den gesetzlichen Anforderungen bzw. dem QS- oder einem vergleichbaren Standard. Fleisch, das mit Stufe 2, ‚Stallhaltung plus‘, gekennzeichnet ist, muss darüber hinaus aus einer Haltung mit höheren Tierwohlstandards wie etwa mindestens zehn Prozent mehr Platz im Stall und zusätzlichem Beschäftigungsmaterial stammen. Stufe 3, ‚Außenklima‘, fordert für die Tiere unter anderem noch mehr Platz und Frischluftkontakt. Bei Stufe 4, ‚Premium‘, haben die Tiere noch mehr Platz und müssen zwingend Auslaufmöglichkeiten haben. Biofleisch wird in diese Stufe eingeordnet.“ Das geplante Tierwohl-label des Ministeriums sei problemlos damit zu verbinden. Das Ministerium beilegte sich daraufhin zu veröffentlichen, dass ihr eigenes Label über eine reine Haltungskennzeichnung hinausgehe und auch beispielsweise die Sauenhaltung erfasse. Die internen Debatten dazu sind aber noch nicht am Ende. cs

Blumige Worte statt konkreter Aussagen

Landwirtschaftsministerium und Milchindustrie drücken sich vor der Verantwortung

Vor kurzem fand ich in einer Fachzeitschrift für Lebensmittelindustrie und Milchwirtschaft einen Artikel über eine Erzeugerberatertagung, bei der es unter anderem in einem Vortrag einer Vertreterin des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) um die Frage ging: „Milchmarktpolitik – Sind die Weichen richtig gestellt?“ Das klang interessant. Hatte ich da irgendetwas Wichtiges vielleicht nicht mitbekommen? In letzter Zeit war eigentlich nichts von irgendwelchen Weichenstellungen im Milchbereich bekannt geworden. Die Lektüre des Berichtes brachte jedoch lediglich die Erkenntnis, dass sich an der Position des BMEL nichts geändert hat: Der Rahmen für eventuelle staatliche Maßnahmen wird von der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) vorgegeben, also öffentliche und private Lagerhaltung, Ad-hoc-Ausgleichszahlungen im Krisenfall und Direktzahlungen. Die Molkereien sind zuständig für eine „vorausschauende bedarfsge-

rechte Rohstoffplanung und Steuerung“. Ansonsten sind alle „Beteiligten an der Wertschöpfungskette Milch“ gefragt. Da war die Rede von der „hohen Preisvolatilität“, die „effizient zu managen“ ist, einer „robusteren“ Aufstellung des Milchsektors, der absoluten Notwendigkeit von „intelligenten Risikomanagementsystemen“ und einem „transparenten Umgang mit Preissignalen in Richtung Erzeuger“. Die „Steigerung der Wertschöpfung in der Milchverarbeitung“ sowie die „Stärkung der Anbieterseite gegenüber dem Handel“ durften auch nicht fehlen. Etwas ungewohnt klang für mich die Aussage, dass es im Export zunehmend wichtig sei, „mit einem qualitätsorientierten Agieren kaufkräftige Drittlandsmärkte zu sichern und neu zu erschließen“, um mehr Wertschöpfung zu erhalten. Hört sich vernünftig an, nur hatte man dieses Argument bis jetzt aber anscheinend vergessen. Im Zusammenhang mit der Zustimmung zu den verschiedenen Freihandelsabkom-

men tauchte es auf jeden Fall nicht auf. Nur als hoffnungsloser Optimist könnte man jetzt annehmen, diese Aussage deute darauf hin, dass das System des Exports zu Dumpingpreisen bald der Vergangenheit angehören könnte.

Geht's konkreter?

Man sitzt staunend vor all diesen Wortgebilden und Satzkonstruktionen und denkt sich eigentlich nur: „Geht's auch ein bisschen konkreter?“ Das BMEL drückt sich nach wie vor um klare Aussagen, wie der Milchmarkt weiterentwickelt werden soll. Soll die Produktion weiter wie bisher auf Überschuss ausgerichtet sein oder am tatsächlichen Bedarf orientiert? Und wie kann es dann gelingen, den Milchpreis auf einem Niveau zu halten, der den Milchbäuerinnen und Milchbauern ermöglicht, ein ausreichendes Einkommen über den Verkauf ihres Produktes zu erwirtschaften – wenn es denn so gewollt ist? (Daran kommen mir allerdings manchmal Zweifel.) Welche

„Weichen“ sollen wie gestellt werden? Wie soll Landwirtschaft grundsätzlich, wie sollen bzw. können Bauernhöfe und damit auch Milchviehbetriebe in Zukunft aussehen?

Wie soll eine Lösung gefunden werden, wenn von der Politik kein Rahmen vorgegeben wird? Wie sollen die unterschiedlichen Positionen unter diesen Bedingungen zusammengeführt werden? Die Äußerungen des BMEL sind in vielen Fällen so allgemein gehalten, dass die unterschiedlichsten



Elisabeth Waizenegger

Standpunkte „darin untergebracht“ werden können. Wenn z. B. davon gesprochen wird, dass eine „hohe Preisvolatilität effizient zu managen“ ist, dann wird dem wahrscheinlich jede/r zustimmen, unabhängig vom eigenen Standpunkt in dieser Diskussion, nur wird dabei in jedem Kopf ein anderes Kopfkino ablaufen. So allgemein die Aussagen auch sind, sie lassen jedoch durchaus vermuten, dass die „Hauptknackpunkte“ vom BMEL erkannt sind. Sie müssten aber noch klarer benannt und angegangen werden. Möglicherweise trifft hier ein Satz von Karl Valentin zu: „Mögen täten wir schon wollen, nur dürfen haben wir uns nicht getraut.“ In dem Fall bleibt die Frage, warum sich das BMEL nicht traut zu dürfen. Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) verweist momentan gerne auf die „Sektorstrategie Milch 2030“. Grundsätzlich ist es ja vernünftig, wenn sich alle Beteiligten an einen Tisch setzen. Auch einige (unterschiedlich konkrete) Vorschläge liegen bereits vor. Nur steht leider zu befürchten, dass jetzt lange hin und her diskutiert und wertvolle Zeit verschwendet wird, aber ohne Vorgaben oder „Leitplanken“ das Resultat für uns Milchbäuerinnen und Milchbauern dürftig ausfällt, wenn überhaupt so etwas wie ein Ergebnis herauskommt. Ganz ehrlich – dieses Taktieren, Zaudern und Hinhalten hab ich langsam richtig satt!

Elisabeth Waizenegger,
Milchbäuerin im AbL-Bundesvorstand



Milchbäuerinnen und -bauern haben konkrete Forderungen

Foto: Nürnberger

Milchviehhalter brauchen echte Veränderungen

Das BDM-Symposium diskutierte mit internationalen Gästen in Berlin

Während vor dem Brandenburger Tor 35.000 Menschen für eine andere Agrarpolitik demonstrierten, trafen sich rund 600 Milchviehhalter zum inzwischen traditionellen Symposium des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter (BDM). Auch bei ihnen ging es um die Notwendigkeit eines Systemwechsels, die Forderung nach

einer anderen Milchpolitik. „Dairy together – global vernetzt für einen Milchmarkt mit Zukunft“, so die Überschrift. Stefan Mann, BDM-Vorsitzender, machte deutlich, dass die Milchbauern ihrem Symposium große Bedeutung beimessen und von den amtierenden Politikern, allen voran Julia Klöckner, erwarten, dass diese die Er-

kenntnisse der Milchviehhalter aufnehmen und in ihrer Politik umsetzen. Die Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz, Dr. Beate Jessel, betonte in ihrer Rede, dass das Erreichen von Umwelt- und Klimazielen zwingend nötig sei. Dies, so Jessel, müsse aber von den Landwirten leistbar sein. „Wir brauchen eine starke Kooperation zwischen

Fortsetzung Seite 7 unten

Natur- und Umweltschutz, einer in die Zukunft gewandten Landwirtschaft und Verbraucherschutz, um den Spagat zwischen Klima-, Umwelt-, Natur- und Tierschutz zu schaffen“, so Dr. Jessel. Gemeinsam mit Milchbauern aus Kanada und den USA und Herbert Dorfmann aus dem EU-Parlament

Isofluran in der Praxis

Eine Vorführung in Ostwestfalen

Wir treffen uns auf dem Betrieb von Günther Völker, konventioneller Sauenhalter in Rheda-Wiedenbrück. Verschiedene Vertreter von Bauern- und Handelsorganisationen und von Schlachtunternehmen sind an diesem kalten Morgen Mitte Januar auf den Sauenbetrieb gekommen, um sich von Tierarzt Dr. Wilhelm Hemkemeyer die Kastration von männlichen Ferkeln mit dem Verfahren Isofluran-Betäubung zeigen zu lassen. Die Vorführung findet in einem leeren Stallabteil bei schwach laufender Lüftung statt. Die Ferkel sind ca. eine Woche alt und liegen in einer Karre mit Stroh. Sie haben zuvor eine Injektion mit dem Schmerzmittel Metacam bekommen, da die Betäubung mit Isofluran keine Schmerzausschaltung, insbesondere in den Stunden nach dem Eingriff, bewirkt. Einleitend erläutert Dr. Hemkemeyer den Aufbau des Betäubungsgeräts. Das Isofluranges wird in einem, in der Medizin gängigen, Verdampfer erzeugt und dann dosiert über einen Schlauch zu einer glockenförmigen Gummimanschette geführt. In diese kommt die Schweineschnauze. Überschüssiges Gas wird direkt in der Manschette, die zweischalig aufgebaut ist, abgesaugt und über einen zweiten Schlauch nach außen oder aber in einen Absorber abgeführt. Der Absorber wird gerade auch wegen der Klimarelevanz des Isofluranges wohl zukünftig

zum Standard werden, schätzt Hemkemeyer. Der Tierarzt führt das Verfahren seit vielen Jahren im Auftrag einer Bio-Erzeugergemeinschaft durch. Über 30.000 Schweine habe er bisher auf diese Weise betäubt und kastriert. Von besonderen Vorfällen kann er in dieser Zeit nicht berichten.

Nach einer kurzen Aufwärmphase des Verdampfers geht es los. Hemkemeyer nimmt ein Ferkel, das durch die Metacam-Spritze schon etwas sediert ist, drückt den Startknopf am Betäubungsgerät und steckt das Ferkel mit der Schnauze in die Manschette. Ein kurzes Quicken, zweimal tief einatmen und die Muskeln erschlaffen. Ruhig hält der Tierarzt das Ferkel noch einen kurzen Moment fest und prüft mit der zweiten Hand die Reaktionen an den Hinterbeinen. Das Ferkel atmet ruhig und liegt vollkommen entspannt in der Apparatur mit dem Hinterteil Richtung Tierarzt. Die eigentliche Kastration ist jetzt schnell, schmerz- und stressfrei durchzuführen. Das schlafende Ferkel wird anschließend in eine weitere strohgefüllte Karre zum Aufwachen gelegt. Schon wenige Minuten später ist es erwacht und läuft in der Karre umher. Die Temperaturmessungen zeigen, dass die Ferkel infolge der Betäubung keinen Temperaturabfall haben, wie es nach Aussage Hemkemeyer oft bei einer Vollnarkose festzustellen sei. Auch



Mit Isofluran entspannt in Tiefschlaf versetzte Ferkel

Foto: Nürnberger

würden die Ferkel dann viel länger brauchen, um wieder aufzuwachen.

Organisatorisches

Potentiell sind Geräte, die von Hof zu Hof transportiert werden, Überträger von Krankheiten. Andererseits sind die Kosten für die Isofluran-Verdampfer-einheit mit 6.000 bis 10.000 Euro, je nach Ausführung, hoch und würden für einen überbetrieblichen Einsatz sprechen. In der von Tierarzt Hemkemeyer betreuten Erzeugergemeinschaft hat man sich deshalb für eine kombinierte Lösung entschieden: Alle Teile,

die direkt mit den Tieren in Verbindung kommen, also der Teil mit Gummimanschette und Liegeschale, werden vom Landwirt bereitgestellt. Der Tierarzt bringt die Verdampfereinheit mit. Im Optimalfall muss diese nicht mal aus dem Auto ausgeladen werden. Wenn dies nicht geht, kann man das mit einer Einmal-Schutzabdeckung versehene Gerät gut zum Einsatzort tragen, um Verschmutzungen zu verhindern.

mm

Fortsetzung von Seite 6

erörterten Sieta van Keimpema, Vizepräsidentin des European Milk Board EMB, und Stefan Mann die unterschiedlichen Milchmarktstrukturen, aktuelle Entwicklungen durch neue Freihandelsabkommen und die notwendigen Veränderungen.

Der US-Milchfarmer Darin von Ruden, unter anderem Präsident der Wisconsin Farmers Union und Vorstandsmitglied der National Farmers Union NFU, stellte die Bewegung „Dairy together“ vor. Die US-Milchfarmer erleben nach seiner Auskunft derzeit einen massiven Strukturwandel, vor allem auch, weil der Milchpreis seit längerer Zeit nicht kostendeckend sei. Mit „Dairy together“ wolle man Überlegungen der kanadischen Kollegen übernehmen und einen Systemwechsel in den USA erreichen. Aus Kanada war Murray Sherk, Milchviehhalter und Vorsitzender der

Dairy Farmers of Ontario nach Berlin gekommen. Er stellte das kanadische Milchmarktmodell vor und erläuterte dessen Vorteile für Milchviehhalter und den ländlichen Raum. Allerdings, so Sherk, haben die neuen Handelsabkommen und die daraus resultierende Marktöffnung den kanadischen Milchmarkt unter Druck gesetzt. Dies versuche man politisch abzufedern. Prinzipiell aber sei es in Kanada möglich, ein auskömmliches Einkommen ausschließlich über die Vermarktung der Milch zu erzielen – ohne Subventionierung durch den Staat.

Herbert Dorfmann, Mitglied des Europäischen Parlaments und dessen Berichterstatter zur GAP 2020, erläuterte mögliche Änderungen durch die anstehende GAP-Reform. Er befürwortet die Kappung der Agrarförderung zugunsten lebendiger ländlicher Räume. Es mache einfach einen Unterschied, ob es 25 Betriebe in einer Region gebe oder

nur einen großen. Regionale, historisch gewachsene und soziale Strukturen müssten dabei aber Berücksichtigung finden.

Sieta van Keimpema kritisierte, dass die Molkereiwirtschaft anders als die Milchviehhalter auch während der verschiedenen Milch Krisen ihre Gewinne steigern konnte. Daher sei es verständlich, dass viele Betriebe keine Nachfolger mehr fänden. In einem leidenschaftlichen Plädoyer rief sie dazu auf, die Milchviehhaltung für die Jugend wieder wirtschaftlich interessant zu machen. Die Grundzüge der BDM-Sektorstrategie 2030 stellte BDM-Sprecher Hans Foldenauer vor. Es gehe dabei nicht um eine neue Form des Geldverteilens, sondern bedürfe echter Veränderungen.

Das Fazit zog Stefan Mann. Der BDM-Vorsitzende stellte überall sich ähnelnde Schwierigkeiten der Milchviehhalter fest. Mut machende Worte fand

Mann vor dem Hintergrund der bisher immer noch geringen Erfolge. Für Veränderung brauche man Vordenker. Vordenker, die in der Lage seien, ihre Positionen auch gegen Widerstände zu verteidigen.

Für seine langjährigen Verdienste auf nationaler und europäischer Ebene wurde Romuald Schaber vom Präsidenten des European Milk Board, Erwin Schöpfige, geehrt. Dieser dankte Schaber für sein außergewöhnliches und unermüdetes Engagement für die Milchviehhalter und ernannte ihn zum Ehrenvorsitzenden. Auch Stefan Mann lobte die Verdienste Schabers: „Die Fußstapfen, in die wir als Nachfolger auf deutscher und europäischer Ebene treten, sind sehr, sehr groß. Um sie zu füllen, braucht es mehr als eine Person.“

mm

Niedersachsens Verbändeerklärung

Eine gemeinsame Erklärung haben die Landesvorsitzenden von Abl, Bundesverband deutscher Milchviehhalter (BDM) und Naturschutzbund (NABU) in Niedersachsen an Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast (CDU) sowie Umweltminister Olaf Lies (SPD) Ende Januar in Hannover übergeben. „Bäuerliche Landwirtschaft denkt in Kreisläufen und in Generationen und lebt deshalb vom schonenden Umgang mit Ressourcen. Deshalb ist uns Bäuerinnen und Bauern der Schutz des Klimas, der Erhalt von Bodenfruchtbarkeit, Artenvielfalt, typischen Landschaften und ganz besonders von Dauergrünland ein Herzensanliegen“, so Abl-Landesvorsitzender Ottmar Ilchmann. Daraus resultieren die Forderungen, sich dafür einzusetzen, dass die EU-Agrarsubventionen endlich für bäuerliche Betriebe, den Erhalt der biologischen Vielfalt und Tierwohlmaßnahmen ausgegeben werden. Dies erfahre auch die Unterstützung der Gesellschaft. Otte-Kinast reagierte verhalten. Auch sie wolle, dass Bauernhöfe, die umweltschonend arbeiteten, mehr Geld erhielten, harte Brüche lehne sie ab. Auch der niedersächsische Bauernverband, das Landvolk, reagierte mit Unverständnis. cs



Noch vor der Grünen Woche trafen sich Vertreter und Vertreterinnen des Abl-Bundesvorstandes mit Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) in Berlin. Die Bauern und Bäuerinnen brachten ihre Forderungen nach einem verbindlichen Rahmen und finanzieller Unterstützung für den gesellschaftlich geforderten nötigen Umbau der Nutztierhaltung vor. Zudem erläuterten sie Klöckner das von ihnen entwickelte Punktesystem für die Umgestaltung der EU-Agrarpolitik. Klöckner ließ sich auf die Debatte ein, machte aber auch klar, dass es bei den Brüsseler Verhandlungen zum Teil sehr unterschiedliche Interessenlagen gebe. Ihre Rolle im Ministerium sehe sie als eine moderierende zwischen den auch in Deutschland sehr unterschiedlichen Interessenlagen in Sachen Agrarpolitik. cs

Agrarwende statt Agrar-Reförmchen

Unter der Überschrift „Agrarwende statt Agrar-Reförmchen“ stellte das Agrarbündnis auf der Grünen Woche den Kritischen Agrarbericht 2019 vor. Das „Buch zur Bewegung“, wie es Sprecher Frieder Thomas nannte, setzt anlässlich der anstehenden Europawahlen, aber auch der schwierigen Zeiten, in denen sich das Staatenbündnis EU derzeit befindet, auf den Schwerpunkt Europa. Dazu kommen die laufenden Verhandlungen zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Bernd Voß, für die Abl im Agrarbündnis-Vorstand: „Stark wird diese Politik, wenn sie die bäuerlichen Betriebe und ländlichen Gemeinden in einem vielfältigen und gemeinsamen Europa gezielt darin unterstützt, die anstehenden Herausforderungen zu meistern. Sowohl in der Tierhaltung als auch im Ackerbau stehen die Bauern und Bäuerinnen vor großen und teuren Veränderungen, um die gesellschaftlichen Erwartungen an Tierwohl, Umwelt-, Klimaschutz und Artenvielfalt auf ihren Höfen umzusetzen. Die meisten Berufskollegen sind zu Veränderungen bereit, aber sie können nicht auf den höheren Kosten sitzen bleiben. Deshalb müssen die bisher pauschal je Hektar Fläche gezahlten Gelder überführt werden in eine zielgerichtete Honorierung konkreter Leistungen der Betriebe für Umwelt, Tierschutz und lebendige Dörfer. Gleichzeitig müssen substanzenvernichtende Preiskrisen durch faire Marktregeln verhindert werden. Nicht weniger Gemeinsamkeit in Europas Agrarpolitik hilft, sondern mehr Zusammenhalt und ambitionierte Ermutigung.“ cs



Für Vielfalt beim Essen, bei Pflanzeln und Insekten

Foto: Nürnberger

Volksbegehren nimmt Fahrt auf

Abl Bayern unterstützt „Artenvielfalt – Rettet die Bienen“

In Bayern wächst eine gesellschaftliche Bewegung rund um das Volksbegehren „Artenvielfalt – Rettet die Bienen“, gestartet von der ÖDP im Sommer 2018. Ein breites gesellschaftliches Bündnis hat den ursprünglichen Trägerorganisationen, dem Landesbund für Vogelschutz und den Grünen angeschlossen, die Abl Bayern ist als Unterstützer dabei. Inzwischen versammeln sich 170 Organisationen, Verbände und Firmen unter der Initiative. Auch von kirchlicher Seite kommt inzwischen Unterstützung von Bischöfen, Priestern und Schöpfungsbeauftragten unter Berufung auf das „Laudato si“ von Papst Franziskus. Ziel des Volksbegehrens ist es, Regelungen im bayerischen Naturschutzgesetz zu verankern, die die Artenvielfalt retten. Die Kernforderungen: die bayernweite Vernetzung von Lebensräumen für Tiere; die Erhaltung von Hecken, Bäumen und kleinen Gewässern in der Landwirtschaft; der Erhalt und die Schaffung blühender Randstreifen an allen Bächen und Gräben; der massive Ausbau der ökologischen Landwirtschaft; die Umwandlung von zehn Prozent aller Wiesen in Blühwiesen; die pestizidfreie Bewirtschaftung aller staatlichen Flächen; die Aufnahme des Naturschutzes in die Ausbildung von Land- und Forstwirten. Von Seiten der „traditionellen Berufsvertretung“ werden nun fleißig Ängste geschürt, die Festschreibung von Maßnahmen im Naturschutzgesetz würde Fördermöglichkeiten der zweiten Säule unterlaufen, weil angeblich, was gesetzlich vorgeschrieben ist, nicht geför-

dert werden kann. Dass gerade das Gegenteil der Fall ist, wissen wir von den Cross-Compliance-Verpflichtungen, wo die Einhaltung gesetzlicher Regelungen Voraussetzung für den Erhalt von Fördergeldern ist. Auch das Tierschutzgesetz verhindert nicht die Förderung tiergerechter Haltungsförmlichkeiten. In rührender Sorge um die Biobauern wird vor einem Preiszusammenbruch bei Ökolebensmitteln gewarnt, ungeachtet der Tatsache, dass die Ökolandbauverbände das Volksbegehren unterstützen. Das Universalargument Eingriff in das Eigentum darf dabei natürlich nicht fehlen, auch wenn es inzwischen schon sehr abgegriffen ist.

Es wäre für uns sicher einfacher gewesen, sich in die Reihen der Skeptiker aus der Landwirtschaft einzureihen. Da die Landwirtschaft von den meisten der Vorhaben, wie z. B. spätere Mähzeitpunkte, Biotopverbund und Pestizidreduzierung in Naturschutzgebieten, direkt betroffen ist, gehen verständlicherweise viele kritische Fragen ein. Trotzdem finden wir es wichtig, das Volksbegehren zu unterstützen. Die bäuerliche Landwirtschaft bietet eine Menge gute Argumente, um zusammen mit der Gesellschaft Wege in eine bessere Agrarpolitik zu gestalten. Dazu brauchen wir eine Million Unterschriften. Also vom 31. Januar bis 13. Februar auf in die Rathäuser, bitte den Ausweis nicht vergessen!

Josef Schmid,

Vorsitzender Abl-Bayern

<https://volksbegehren-artenvielfalt.de/>

Verein zur Unterstützung von Arbeitsmigranten gegründet

Der neugegründete Verein „Aktion Würde und Gerechtigkeit“ wird versuchen, durch ein Netzwerk von Juristen und juristisch geschulten Ehrenamtlichen den Rechtsweg für Arbeitsmigranten leichter zugänglich zu machen. „Wir wollen Arbeitsmigranten aus Ost- und Südosteuropa stark machen und so dazu beitragen, dass ihre Integration gelingt.“ So umschreibt Prälat Peter Kossen, Pfarrer in Lengerich, die Zielsetzung des Vereins. „Das beginnt damit, dass Anträge bei Gericht für Beratungshilfe und Prozesskostenhilfe übersetzt und Menschen, die kein Deutsch sprechen, bei der Antragstellung unterstützt werden. Juristische Beratung und Vertretung auch vor Gericht sollen dadurch leichter zugänglich werden. Eine wichtige Aufgabe werde die Sensibilisierung der Öffentlichkeit, so Kossen. „Wir werden Unrecht beim Namen nennen und uns nicht damit abfinden, dass Arbeitsmigranten wie Menschen zweiter Klasse behandelt, ausgebeutet und rassistisch herabgewürdigt werden.“ Dazu brauche es das Gespräch mit möglichst vielen Verantwortlichen in Politik, Justiz und Wirtschaft. Tätig werden will der Verein zunächst in Nordwestdeutschland, dann aber auch darüber hinaus, in der Fleischindustrie und anderen Branchen. Zeitnah, so Kossen, werde mit weiteren Informationen um eine Mitgliedschaft geworben. cs

Betriebsspiegel:

50 ha Acker (Getreide, Raps, Ackerbohnen, Kartoffeln), 20 ha Grünland, 50 Mastfärsen, 300 Mastschweine, 1.200 Legehennen, 800 Masthähnchen, Neuland-Betrieb

Der AbL-Bundesvorstand und der Landesvorstand NRW hatten die Bundesumweltministerin Svenja Schulze zu einem Gespräch eingeladen. Und weil es auf dem Land so schön ist und man auf einem Hof direkt veranschaulichen kann, für welche Art der landwirtschaftlichen Betriebe die AbL sich seit Jahrzehnten einsetzt, kamen wir zu der Ehre, die Frau Ministerin am 7. Januar auf unserem Hof zu begrüßen. Da traf es sich gut, dass zu Weihnachten immer

etwas mehr aufgeräumt und sauber gemacht wird. Auf dieser Grundlage konnten wir aufbauen. Allerdings hatte Frau Schulze nur gut eine Stunde Zeit, so dass lediglich die Schweine im Auslauf gezeigt werden konnten. Schön mit Ringelschwänzen – geht doch!

Das anschließende Gespräch im Haus, denn es war doch ziemlich fies nasskalt, fand in sehr entspannter und netter Atmosphäre statt. Daran konnte und wollte auch die Polizeistreife nichts ändern, die zum Zwecke des Personenschutzes eine halbe Stunde vor dem Termin gekommen war, um auf und um den Hof herum nach Dingen und Personen Ausschau zu halten, die dort

nichts zu suchen gehabt hätten. Die Gesprächsthemen waren zahlreich und konnten aufgrund der knappen Zeit oft nur angerissen werden. Es zeigte sich, dass es der Ministerin teilweise so geht wie der AbL. Sie ist auf der Suche nach Bündnispartnern für ihre Themen wie z.B. Glyphosatverbot oder Einschränkung von Agrarchemikalien allgemein. Beim Glyphosat brachte sie z. B. den Vorschlag ein, dass Betriebe, die nicht auf Totalherbizide verzichten können oder wollen, zehn Prozent ihrer Flächen zu Umweltschutzzwecken stilllegen sollen. Von Seiten der AbL hielten wir diese Maßnahme für nicht optimal, da hier zwischen „Schutz-“ und „Schmutz-

gebieten“ aufgeteilt würde. Vielmehr favorisieren wir eine neue Ackerbaustrategie mit Elementen wie Fruchtwechsel, mechanischer Unkrautregulierung, etc. Wichtiger Hebel der Politik kann hier auch die GAP-Reform sein, zu der die AbL mit ihrem Punktesystem ja auch einen fundierten Vorschlag gemacht hat. Ein weiteres Thema war die Düngeverordnung, die in manchen Bereichen zu einer hohen Belastung gerade kleinerer Betriebe führt. Gülle-Jauche-Sickersaftlagerung ist da ein Stichwort. Die demnächst vorgeschriebene Ausbringtechnik ist ein weiterer Knackpunkt. So ist die Ablage von Gülle in Schleppschlauchreihen für Grünland nicht immer unproblematisch, zumal die Fahrzeuggewichte der modernen Technik für Mittelgebirgsregionen oft zu groß sind.

Alles in allem fand ich den Termin sehr gelungen, wozu auch das kleine Buffet von dem syrischen Catering-Startup „Nefisa kocht“ (Nefisa = arabisch: die Feine/Köstliche) beigetragen hat. Bei „Nefisa kocht“ haben geflüchtete syrische Frauen eine erste Arbeitsstelle hier in Deutschland gefunden. Integration auf kulinarische Weise. Dieses junge Unternehmen ist auf unserem Hof ansässig. Das Gespräch mit Frau Ministerin Schulze wird auf jeden Fall fortgesetzt, um weiterhin unsere Standpunkte klar zu definieren. Wir bleiben am Ball.

Wilhelm Ecke, Fröndenberg

Der Besuch der Ministerin

Wie, Landwirtschaft? Hier in Berlin?“ Wie oft wir diese Frage hören und dabei in ungläubige Gesichter schauen! Landwirtschaft – dabei denken die anderen immer an große Traktoren, weite Felder und einen großen Hof. Wir sind Landwirte, aber bei uns ist doch alles anders herum. Unsere Traktoren sind klein, unsere Gemüse-mietäcker sind einmal um die Stadt verstreut und einen richtigen Hof suchen wir noch. Und wenn wir unterwegs zum Acker sind, dann müssen wir manchmal über die Stadtautobahn A100. So ergab es sich am Ende eines langen Arbeitstages im vergangenen Sommer, dass wir unseren Grubber aus dem Norden der Stadt auf unsere Fläche im Westen der Stadt transportieren wollten. Die Schwierigkeit beim Ackern am Rande der Stadt ist ja nicht die Distanz zwischen den Flächen an sich (im Schnitt 30 bis 40 km), sondern vielmehr die dazwischenliegende, oft so furchtbar verstopfte Großstadt namens Berlin. Unser Arbeitsfahrzeug Nummer eins ist ein weißer, etwas in die Jahre gekommener Mercedes Sprinter. Er beherbergt eine mobile Werkstatt, ausgerüstet mit Ersatzteilen für Bewässerung und Zaunbau, mit Ölen und Schmierstoffen aller Art. Und er ist Transporttier für unseren kleinsten Traktor. Und weil dieser auf den Straßen Berlins untergehen würde wie ein Goldfisch im weiten Ozean, bringen wir ihn im Bauch des Sprinters auf den Acker. Dabei ist es immer wieder ein schönes Bild, wenn in der Innenstadt an der Tankstelle ein Städter gedankenverloren gluckerdnd Benzin in den Tank seines SUV laufen lässt. Und dann kommen wir. Parken daneben, öffnen schwingvoll die Seitentür, zurren den Dieselschlauch hinein und betanken unseren Traktor. Aber zurück zum Grubber. Der



Mit dem Grubber auf der A 100

passt leider nicht in den Sprinter. Und unser großer Traktor war mit Anbaugeräten voll ausgelastet bereits auf dem Weg zum Acker. Da hatten wir eine dieser spontanen brillanten Ideen: Den Grubber auf den Hänger. Dazu muss man wissen, unser Hänger ist eher kleinformatig. Und nach dem Aufladen in der Dunkelheit kam uns auch der ein oder andere Zweifel, ob das Gerät nicht zu weit über dessen Seiten hinausragte. Dem Zweifel begegneten wir mit reichlich Spanngurten, Warnbeschilderung und der Selbstversicherung, als Landwirten stünde uns der Transport von Anbaugeräten rechtlich zu. Des Besseren belehrte uns die Autobahnpolizei: Nach einem langen Arbeitstag waren wir also mit dem Sprinter auf dem Heimweg über die dreispurige A 100, im Schlepptau den Anhänger mit dem überständigen Grubber. Es war schon dunkel und wir müde, aber gut drauf, den Feierabend vor der Nase. Da überholte uns ein Polizeiauto und forderte per Leuchtschrift dringlich zum Folgen auf. „Watt is’n ditte?“, kommentierte der erste Uniformierte, in Rich-

tung unserer Beladung weisend. „Wir sind ein landwirtschaftlicher Betrieb, das ist ein Anbaugerät, welches wir als Landwirte transportieren dürfen“, argumentierte unser Kollege selbstsicher. „Jaaaa, vielleicht“, empörte sich Polizist Nummer eins, „aber nicht auf diesem Hänger!“ und rüttelte am äußersten Grubberzinken. Besser gesagt, versuchte zu rütteln, denn unsere Ladungssicherung war nicht zu beanstanden. Alles andere leider schon: der Überstand, das Gewicht, die Beleuchtung ... die Polizisten kratzten sich am Kopf. Was tun mit diesem Geschoss? Nach dem Abhandeln der üblichen Fragen („Wie, Landwirtschaft, hier in Berlin?“) verwies man uns ratlos der Stadtautobahn. Egal wo, man habe das Transportgespann umgehend abzuparken. Dann rauschten die Ordnungshüter eilig zu einem anderen Einsatz, nicht ohne uns über die Folgen fahrlässigen Weiterfahrens zu unterweisen: „Keinen Meter weiter! Holen Sie Ihr Gerät mit dem Traktor ab, das dürfen Sie.“ Schöner Tipp. Theoretisch. Praktisch aber hatten wir nach der Abfahrt sofort

ein Problem: Wo parkt man einen grubberüberladenen Hänger im Herzen der freitags überfüllten Großstadt? Alle Seitenstraßen zu eng, heimlich auf dem Supermarktparkplatz – zu auffällig, Tiefgarage – nicht traktortauglich. Nach einigem Rumkurven, mit der Panik im Nacken, uns abermals der Polizei erklären zu müssen, fanden wir eine Lösung: Auf dem Mittelstreifen der sechsspurigen Bismarckstraße, zwischen Crispy Döner und dem Tabu Tabledance Club, schräg gegenüber der Deutschen Oper fand sich eine Lücke. Ausgestiegen, Verkehr gestoppt, einrangiert und da stand er dann, unser erdverkrusteter Federzinkengrubber, zwischen polierten schwarzen Limousinen und Car-Sharing-City-Hoppern. Von der Polizei hörten wir nie wieder. Grubbern müssen wir auf unseren städtischen Feldern aber weiter. Und Mist fahren. Aber das ist eine andere Geschichte.

Jennie Brandt, Berlin

Betriebsspiegel:

10 ha, davon 7 ha Gemüselbsternte (bauerngarten) mit ca. 1500 Mitgärtner*innen, 1 ha Getreide, 1 ha Feldgemüse

Pigport 5 mit Großgruppen

Eine Stallbaulösung für artgerechte Schweinehaltung

Wie müssen Schweineställe aussehen, damit sie den gesellschaftlichen Vorstellungen entsprechen, aber andererseits auch die Anforderungen der Landwirte im Hinblick auf auskömmliche Erlöse und attraktive Arbeitsbedingungen erfüllen? Eine Variante, die über die vergangenen Jahre Eingang in die Praxis gefunden hat, ist das auch in der Unabhängigen Bauernstimme bereits vorgestellte Pigport-System. Der Pigport 5 ist die jüngste Weiterentwicklung und bietet sowohl für Klein- als auch für Großgruppen eine Perspektive. In diesem Beitrag wird dargestellt, wie Bau und Bewirtschaftung des Pigport 5 mit Großgruppen erfolgen. Eines der wichtigsten Ziele bei allen Pigport-Varianten ist die weitgehende Sauberhaltung des planbefestigten Liegebereiches. Wenn dieses Ziel nicht erreicht wird, vermindert sich das Tierwohl, die Emissionen nehmen zu und es entsteht manuelle Handarbeit. Damit solche Fälle möglichst vermieden werden, werden Pigports nur einreihig gebaut, der Kotbereich ist auf der Südseite angelegt, die Buchten sind relativ schmal und in Liege-, Fress- und Kotbereich strukturiert. Seit einiger Zeit werden weitere Anforderungen an die Ställe herangezogen wie z. B. der Einsatz von boden-

deckender Einstreu im Liegebereich, die Ringelschwanztauglichkeit, ein noch höheres Platzangebot, das Gebot möglichst kostengünstiger Bauweise, usw.

Alle diese Herausforderungen waren die Grundlage für die Weiterentwicklung des Pigport 5 als Großgruppenstall (siehe beispielhafte Skizze). Bei diesem Haltungsverfahren sind die Buchtenmaße so gestaltet, dass alle Buchtenbereiche befahrbar sind. In dem Beispiel ist die Bucht 10 m breit und 32,40 m lang. Sie gliedert sich in einen Stallbereich von 10 x 16 m, der mit einem Folienrollo vom 16,40 m tiefen Auslaufbereich getrennt ist. Unmittelbar an das Folienrollo schließt sich die 4 m breite Suhle an, die sich unter der Bedachung befindet. Buchtenmittig stehen die Breifutterautomaten auf einem 15 cm hohen Betonsockel. Zwischen den Futterautomaten sind Durchgänge, so dass die Tiere zwischen beiden Buchtenseiten wechseln können. 216 Endmasttiere befinden sich in einer Bucht, die aber auch bei geringeren Bestandsgrößen halbiert werden kann, indem die Durchgänge zwischen den Futterautomaten geschlossen werden. Der buchtenmittig aufgestellte Futterbereich ermöglicht es, dass jede Buchtenseite auch wäh-

rend der Mast entmistet werden kann, indem die Tiere solange auf der anderen Buchtenseite weggesperrt werden.

Buchten sind befahrbar

Wichtiges Element des Pigport 5 ist die Befahrbarkeit und somit die mechanische Entmistungsmöglichkeit sämtlicher Funktionsbereiche. So bedeutet es kein Ärgernis, wenn nicht alle Schweine ausschließlich den geplanten Kotbereich nutzen. Für die Befahrbarkeit sind allerdings – je nach Größe des Hofschleppers – entsprechend breite Kontrollgänge und Buchtenbreiten erforderlich. Bei einer solchen Buchtengestaltung braucht man keine nur für die Schweinehaltung verwendbaren Gebäude. Vielmehr eignen sich dafür Standardhallen, für die eine Vielzahl von Anbietern auf dem Markt sind, was für die Höhe der Baukosten günstig ist. Das Kosteneinsparpotential beruht aber auch darauf, dass in solchen Großgruppenställen beispielsweise 1.500 Schweine in einem Gebäude untergebracht werden können. Dagegen sind beim Pigport 5 mit Kleingruppen dafür drei einzeln stehende Gebäude erforderlich. Die Unterbringung aller Schweine in nur einem Gebäude verringert die Kosten für Fütterung und Entmistung. Aber auch die Übersicht und die Laufwege werden günstiger. Ein besonderes Augenmerk verlangt aber die Übersicht und die Tierkontrolle in solchen Großgruppenställen, wenn unterschiedliche Altersgruppen im gleichen Raum untergebracht sind.

Strohauwand

Reichlich Stroheinsatz hat günstige Effekte in Bezug auf die Sauberkeit der Tiere. Zusätzliche Vorteile ergeben sich daraus im Hinblick sowohl auf die Tiergesundheit, was Bein- und Liegeschäden betrifft, als auch auf die Stallemissionen. Der Preis dafür ist der höhere Aufwand für die Bergung, Lagerung und Verteilung des Stroh. In Beständen von ca. 1.500 Tieren können dafür vollautomatisch arbeitende Einstreugeräte in Frage kommen. In kleineren Beständen kommen Deckenschienen in Frage, an denen mit Strohbällen beladene Podeste mittels Elektrowinden über die Buchten gezogen werden. Das Stroh wird dann händisch abgeworfen. Der große Vorteil des höheren Arbeitsaufwandes ist die mit dem Einstreuen verbundene sehr effektive Tierkontrolle. In Großbuchten

können auf baulich einfache Weise Vertiefungen im Beton angelegt werden, die bei hochsommerlichen Temperaturen mit Wasser befüllt werden. Solche Einrichtungen zur Absenkung der Körpertemperatur bei wachsenden Schweinen sind effektiver als Nieder- oder Hochdruckvernebelungsanlagen. In Ställen mit Suhlen bleiben die Tageszunahmen bei hochsommerlichen Außentemperaturen stabil. Darüber hinaus neigen die Tiere viel weniger dazu, in der Nähe von Tränken zu liegen oder in ihren Exkrementen. Bei winterlichen Temperaturen hingegen muss man in den hohen Gebäuden dafür sorgen, dass die Tiere ihren Temperaturkomfort in abgedeckten Liegebereichen finden. Dazu werden diffusionsoffene Deckel verwendet, die gegenüber von den Futterautomaten eingerichtet werden. Eine sonst übliche Heizmöglichkeit des Betonbodens im Liegebereich ist nicht erforderlich. Außerdem entfallen Dämm-Maßnahmen im Boden des Liegebereiches.

Welche Hürden gibt es?

Aufgrund des relativ hohen Aufwandes für die Strohkette kommen nur mit Flächen gut ausgestattete Ackerbetriebe dafür in Frage. Die Tierkontrolle ist nicht nur vom Kontrollgang aus durchzuführen. Vielmehr muss man zweimal täglich zur Kontrolle durch die Buchten gehen oder im besten Fall von einem Podest aus die Tiere kontrollieren. Auch die Selektion der Mastschweine für den Verkauf verlangt entsprechende Vorkehrungen in den Buchten. Dafür eignen sich Einrichtungen in dem fünf Meter breiten Kontrollgang. Die für den Verkauf selektierten Schweine sollten dann bis zum Abtransport in einer extra Verkaufsbucht aufgestellt werden. Mit ausschließlich planbefestigten Böden, Auslauf und Einstreu eignen sich Pigports 5 mit Großgruppen für sämtliche Labelprogramme einschließlich der ökologischen Schweinehaltung. Der Charme liegt insbesondere in relativ kostengünstig erstellten Hallengebäuden, die außer der Schweinehaltung vielseitige Nutzungsmöglichkeiten bieten. Der Preis ist allerdings der relativ hohe Strohaufwand.

Rudolf Wiedmann, Berater für artgerechte Schweinehaltung



Luft und Licht im Pigportstall

Foto: Wiedmann

Eine für Alles

Klößner bietet außer der Digitalisierung keine Lösungen an

Der Januar ist ein wichtiger Monat für die Bundeslandwirtschaftsministerin. Mit der Grünen Woche in Berlin findet „ihre“ Messe statt. Auch wenn sich die Grüne Woche schon seit längerem immer mehr zur Verbrauchermesse entwickelt hat, zu einem Ort, an dem man unterschiedlichsten Kulturen und vor allem deren Essgewohnheiten begegnen kann. Ein Ort des Austauschs also, des Kennenlernens, des miteinander Redens. Und das findet natürlich rund um die in den Messehallen aufgebauten Leckereien statt. Gleichzeitig wird in Kongresszentren, auf Empfängen und bei der seit mehreren Jahren parallel stattfindenden internationalen Agrarministerkonferenz, für die Messebesucher fast unsichtbar, die Zukunft der Landwirtschaft in Europa und weltweit diskutiert. Für die Landwirtschaftsministerin eine Zeit mit vielen Reden und vielen Presseterminen. Eine Zeit voller medialer Aufmerksamkeit, die sie nutzen könnte, um ihre politischen Ziele für ihre weitere Amtszeit vorzustellen und Wege aufzuzeigen.

Wenig Konkretes

Natürlich zählt Julia Klößner dabei die Erfolge ihres Ministeriums, ihres Schaffens, aber auch schon mal das ihrer Vorgänger, angepasst an die jeweilige Zuhörerschaft auf. In ihrem Redemanuskript zum Neujahrsempfang des Deutschen Bauernverbands einen Tag vor Messebeginn stehen beispielsweise bewilligte Dürrehilfen, ein marktreifes Verfahren zum Ausstieg aus dem Kükentöten oder das neue Bundesprogramm Nutztierhaltung. Beim Empfang des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft erwähnt sie ihr Ziel von 20 Prozent Ökolandbau genauso, wie sie der Forderung nach einer weiteren Qualifizierung der Agrarförderung eine klare Absage erteilt.

„Unsere Landwirtschaft wird zu oft romantisiert“, steht in dem Manuskript zum Neujahrsempfang des Deutschen Bauernverbands. Von wem diese Romantisierung kommt, sagt Klößner nicht. Die Landwirte sind es sicherlich nicht. Vielleicht hat sie die Medien oder die Demonstranten der wenige Tage später stattfindenden Wir-haben-es-satt-Demo im Sinn. Auf jeden Fall sind es auch die vielen Lebensmittelkonzerne, die den Kunden mit netten Bildern von Kühen auf der Wiese locken und Marken wie „Meine Metzgerei“ des Discounters Aldi, die das Bild einer handwerklichen Produktion beim Kunden vermitteln wollen, obwohl industrielle Strukturen da-

hinterstecken. Fragen darf man aber auch, was denn falsch sein soll an diesem Bild, das eine Landwirtschaft zum Inhalt hat, bei der das Tier noch wahrgenommen wird, die Natur eine Existenzberechtigung hat und der größtmögliche Ertrag nicht das alles überdeckende Ziel ist. Es sind eher die nicht genannten Punkte, die die Position der Ministerin zeigen. Da werden die Stalleinbrüche zu Recht geißelt, aber es wird nicht darauf eingegangen, dass die Aufnahmen natürlich nur dann in den Medien kursieren, wenn es offensichtliche Missstände gibt. „Damit werden bewusst Ängste geschürt und die moderne Landwirtschaft und damit auch Sie, liebe Bäuerinnen und Bauern, in ein schlechtes Licht gerückt“, ist das Fazit der Ministerin. „Viele öffnen transparent ihre Ställe und geben Einblick in ihre tägliche Arbeit“ und auch auf der Messe wird der Austausch gesucht. Trotzdem es „kritische Stimmen“ gebe, solle man sich nicht entmutigen lassen. Weiter so, scheint die Devise der Bundeslandwirtschaftsministerin zu sein. Nur wenige Tage zuvor hat Prof. Dr. Grethe vom Wissenschaftlichen Beirat Nutztierhaltung zum wiederholten Male die notwendigen Schritte für einen Umbau der Nutztierhaltung in Deutschland ange mahnt. Stehen doch mit dem Ende der betäubungslosen Ferkelkastration und einem sich in Zukunft ankündigenden Kupierverbot von Ringelschwänzen gewaltige Herausforderungen für die Schweinehalter an. Vielleicht muss man in diesem Kontext auch die Platzierung des Standes des Verbandes Lebensmittel ohne Gentechnik (VLOG) außerhalb der BMEL-Halle sehen. Das Ohne-Gentechnik-Logo wurde 2009 von der damaligen Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner der Öffentlichkeit vorgestellt. Nachdem das Ministerium das Logo in der Anfangszeit selbst vergab, wurde diese Aufgabe sehr bald an den VLOG übergeben. Noch immer ist die Auseinandersetzung um gentechnikfreie Lebensmittel nicht beendet. Immer wieder versuchen die Befürworter, den Markt für gentechnisch veränderte Produkte zu öffnen, Kennzeichnungsregeln zu verwässern, Anbauzulassungen zu erreichen, um den gentechnikfreien europäischen Lebensmittelmarkt zu sabotieren. Dem Verband Lebensmittel ohne Gentechnik in dieser Situation den traditionellen Platz in der BMEL-Halle zu versagen, muss vor den vielen Äußerungen von Julia Klößner zu Innovation und Effizienzsteigerung als ein klares Warnsignal verstanden werden.



Viel zu mühsam: Let's go Digitalisierung

Foto Schievelbein

Allerdings gibt es leider auch hier keine klare Position der ehemaligen Weinkönigin, die so gerne vermittelt, Forschungsprojekte anschiebt und auf ihr freiwilliges Tierwohllabel im Jahr 2020 verweist. Bäuerinnen und Bauern, sowohl ökologisch als auch konventionell wirtschaftend, bleiben mit ihren zentralen Fragen alleine. Nach welchen Maßgaben sollen neue Ställe gebaut werden? Kann man sich auf Tierwohllabelzeichnungen des Handels verlassen? Welche Nachjustierungen sind bei der Düngeverordnung zu erwarten? Und was passiert bei der GAP? Das sind nur einige der Fragen.

Eine Antwort

Die Ministerin hat sie gefunden: die eine Antwort auf alle Fragen. Es ist die Digitalisierung. Man hat das Gefühl von einem Rauschzustand, in dem sich der Schreiber der Rede der Ministerin zur Berliner Agrarministerkonferenz im Rahmen des „Global Forum for Food and Agriculture“ (GFFA) befand. Da werden Ressourcen geschützt, Verbraucher besser informiert, da ist von Techniksprüngen und disruptiven Veränderungen die Rede. Omnipotent und omnirelevant sei diese Digitalisierung, die unsere Welt verändern wird. Chancen seien zu nutzen und Risiken zu beachten. Wenn wir sie gestalten, kann sie vor Hunger schützen, genauso wie vor Wetterkapriolen, Dürre oder Schädlingen. Sie hilft effizienter zu arbeiten und „von einem Hektar Ackerland mehr Ertrag erzielen“ zu können. Denn „jeder neunte Mensch auf der Welt leidet Hunger, das sind derzeit rund 821 Millionen Menschen“. Digitalisierung

hilft dieser „Verantwortung nachkommen [zu] können“, „das Recht auf Nahrung umzusetzen“. Natürlich muss man diesen Prozess gestalten. Zugang für alle gewährleisten, „die Frage der Datensouveränität, der Datensicherheit und des Datenschutzes [...] klären“. „Wem gehören die Daten, die über die zu erwartende Ernte generiert werden? Wer darf sie nutzen, wer darf sie verwerten?“ Wer, so könnte man auch fragen, darf sie nutzen, um an Börsen zu spekulieren, Nahrungsentgässe vorherzusagen, sein politisches Spiel damit zu treiben? Oder ist das alles zu negativ, sollten die Informationen nur zum vermeintlich Guten genutzt werden? Bei aller Euphorie dann die Ernüchterung. Denn all dies sei erst noch zu klären, von einem „internationalen und unabhängigen Digitalrat für die Landwirtschaft“ durch eine von der FAO erbetene Technikfolgenabschätzung und „zuverlässige Analysen“. Ganz am Ende kommt dann auch noch die Entscheidung darüber, „welche politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Schritte notwendig sind, um Digitalisierung zu gestalten“. Für die Beteiligung der Gesellschaft am Prozess, an der Ausrichtung der zukünftigen Landwirtschaftspolitik, an den Bedürfnissen in den ländlichen Regionen über schnelles Internet hinaus dürfte es dann zu spät sein. Genau diese Beteiligung fordern aber immer mehr Menschen. Auch die 35.000, die durchaus kritisch, aber nicht ablehnend einen Systemwandel für die Landwirtschaft vor dem Brandenburger Tor gefordert haben.

Eigentlich wollen fast alle eine neue GAP

Beim BMU-Agrarkongress wurde aber auch deutlich, dass das nicht reicht

Schon zum dritten Mal setzte das Bundesumweltministerium – diesmal allerdings zum ersten Mal unter Ministerin Svenja Schulze (SPD) – ein Ausrufezeichen vor dem Start der Grünen Woche. Der Agrarkongress ist eine Erfindung von Schulzes Vorgängerin Barbara Hendricks, die damit Ansprüche gegen den damaligen Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) geltend machen wollte hinsichtlich der Deutungshoheit in Sachen Agrarpolitik. Zu einem Gesellschaftsvertrag müsse man kommen, bei dem alle Seiten sich wieder finden, aber auch ihren Beitrag leisten müssten, so die Idee, durch die Journalistin und Buchautorin Tanja Busse nun schon zum dritten Mal moderieren konnte. Und sie selbst war es dann auch, die feststellte, dass man so nicht unbegrenzt weiter machen könne. Irgendwann sollten den Worten dann auch Taten folgen, so ihre Aussage. Die Ungeduld, nicht noch länger immer wieder darüber zu reden, dass beispielsweise die Agrarsubventionen aus Brüssel anders verteilt werden sollten, merkte man besonders denen an, die das schon länger fordern und häufiger in ähnlich besetzten Run-

den formulieren. Allen voran Harald Grethe, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Bundeslandwirtschaftsministerin. Als wollte er auch noch dem Letzten im Raum vermitteln, dass er es inzwischen leid ist, immer wieder zu erzählen, dass Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung nur über eine gemeinsame Agrarpolitik (GAP) führen, die Gelder an gesellschaftliche Leistungen für Tier- und Umweltschutz bindet, erklärte er flapsig: „Die derzeitigen Direktzahlungen beruhen auf folgenden Argumenten: Erstens, die Bauern sind benachteiligt, zweitens, sie sind arm und drittens, man muss einen bestimmten Wirtschaftszweig besonders unterstützen.“ Die pauschalen Hektarzahlgungen müssten dann aber zu dem Schluss führen, so Grethe, je größer der landwirtschaftliche Betrieb, desto bedürftiger sei er. Das alles sei gesellschaftlich nicht mehr vermittelbar, so sein Resümee.

Viele Worte

Ähnlichen Unmut merkte man Beate Jessel, Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz, an, als sie erklärte, dass es alles keine Frage von wissenschaftli-

chen Erhebungen mehr sei, sondern dass die Zahlen seit langem auf dem Tisch lägen. Das Greening sei wirkungslos, Umweltmaßnahmen unterfinanziert und man müsse endlich weg vom Gießkannenprinzip. Vor dem Hintergrund sei es enttäuschend, was die EU-Kommission an GAP-Vorschlägen vorgelegt hätte. Trotzdem müsse man versuchen, nun Konditionalisierung und Ecoschemes noch entsprechend zu gestalten. Sie betonte, dass die sozio-ökonomischen Aspekte einer adäquaten Bewirtschaftung dort ausreichend Berücksichtigung finden müssten. Auch Hermann Lotze-Campen vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung machte klar, dass nur ein Dialog nicht mehr ausreiche. „Wir brauchen am Ende klare ordnungspolitische Rahmenbedingungen, Ziele, die bestimmt und überprüft werden, und eine GAP, die reformiert und eingehalten wird.“ Jungbäuerin Lena Jacobi referierte, dass alles schon seit über 30 Jahren auf dem Tisch liege, inklusive der Bündnisse mit der Gesellschaft, umgesetzt durch die AbL. Polens Umweltstaatssekretär Mazurrek, wie auch EU-Rechnungshofmitglied João Figueiredo be-

tonten die Chancen, die ein Umsteuern in der Agrarpolitik böte, nachdem die Leiterin der internationalen Genbank in Norwegen, Marie Haga, jede verlorene Art als Verlust einer Option auf den Klimawandel zu reagieren, gebrandmarkt hatte.

Am Ende

Als der Tag dann fast vorbei war, wies Bundeslandwirtschaftsstaatssekretär Hermann Onko Aeikens einmal mehr auf die nicht zu unterschätzende Einkommensstabilisierende Wirkung der Direktzahlungen hin und machte damit die Linie des in Brüssel verhandlungsführenden Ministeriums klar. Da kann Svenja Schulze noch so oft bitten, ihre Ministerkollegin möge stärker Flagge zeigen für ein Umsteuern in der GAP. Da kann selbst der DLG-Präsident Hubertus Paetow Selbstkritik am eigenen landwirtschaftlichen Tun üben und von einem, wenn auch länger angelegten, aber nötigen Transformationsprozess der GAP sprechen. Oder gar sagen: „Die Digitalisierung darf nicht überdecken, dass wir in der Agrarpolitik was tun müssen.“ Sein Wort in Digitalisierungskönigin Klöckners Ohr. cs

„Kleine Bauernbetriebe braucht das Land“

Fernab von Berlin wird auch in Rußmaier gegen die Agrarindustrie demonstriert

Viele tausend Menschen sind am Samstag nach Berlin oder Tübingen gefahren und haben gegen die Agrarindustrie und für gesundes Essen aus klimafreundlicher Landwirtschaft demonstriert. Im kleinen Horgenzeller Teilort Rußmaier in der Nähe von Ravensburg bleibt man lieber vor Ort. Mehr als 50 Erwachsene, viele Kinder, einige Hunde und ein Pferd haben auf ihre eigene Art demonstriert. Gemessen an der Einwohnerzahl waren es im Rußmaier prozentual deutlich mehr Demonstranten als in der Millionenstadt Berlin. „Mehr Respekt für die Arbeit der Bäuerinnen und Bauern“, heißt es auf dem Schild, das an einem Hoftor lehnt. Davor servieren drei Frauen Hefezopf, Nusschnecken, Kuchen und Waffeln. Dazu gibt es Kaffee und heißen Punsch. Immerhin geht es auch um Lebensqualität. „Gutes Essen für gesunde Kinder“, fordert ein Plakat. Und gleich daneben: „Lasst uns die Erde lebensfähig halten!“ Zwei Mäd-

chen halten ein Schild mit der Aufschrift: „Wir wollen mehr Platz für Tiere und kein Gift auf die Pflanzen.“ Rund um ein Lagerfeuer wird über die Agrarpolitik der EU diskutiert. „Die Agrargelder werden wie mit der Gießkanne verteilt“, schimpft ein Mann. „Wenn eine Tierfabrik oder ein Betrieb mit Gülleseen gleich viel Geld bekommt wie ein umweltfreundlicher Betrieb – dann ist das nicht in Ordnung.“ Eine junge Frau weiß es genauer: 80 Prozent der Fördergelder für die Landwirtschaft werden nur nach Fläche verteilt, erklärt sie. „Wer viel Land besitzt, bekommt viel Geld.“ Nur 20 Prozent der Subventionen für die Landwirtschaft werden als Prämie für Blühstreifen oder artgerechte Tierhaltung vergeben. „Das muss umverteilt werden“, fordert sie. „Lasst den vielfältigen Bauer am Leben“, hat ein Landwirt auf sein Schild geschrieben. Viele Teilnehmer der Demonstration fordern, eher die kleinen und mittleren Bauernhöfe zu unterstüt-



In Rußmaier wird demonstriert und damit zugleich das Dorfleben gestärkt. Foto: Oberländer

zen – die Familienbetriebe, nicht die spezialisierten Großunternehmen. „Dann bleibt die Landschaft auch eher bewohnbar für Tiere“, sagt eine Frau. „wenn die Felder nicht so riesig sind, wenn dazwischen Hecken, Feldwege oder Bäche bleiben.“ Bei der kleinen

Traktorparade zum Abschluss sind alle mit dabei, sitzen auf den Anhängern, halten ihre Schilder und Transparente hoch und winken. Wird die Demonstration in Rußmaier etwas ändern an den Missständen in der Agrarpolitik?

Fortsetzung Seite 13 unten

Längst weiter als Bullerbü

Politik und Interessenvertreter verharren in alten und neuen Bildern

Die Bäume sind verpixelt, Landschaftsmodelle schematisch, gleichzeitig gibt es mittels massig Steinen, Holz, Fototapete und Kunst eine perfekt realistische Kuhstallkulisse und einen Steillagen-Weinberg. Auf letzteren ist sie besonders stolz, sagt sie, die Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU), die von einem Winzerbetrieb stammt. Die Halle des Bundeslandwirtschaftsministeriums, durch die Klöckner begeistert beim Presserundgang führt, ist aus ihrer Sicht offenbar die perfekte Symbiose aus Tradition, Produktion, Realität und Science Fiction, drückt doch die Digitalisierung allem Bisherigen seinen Stempel der vermeintlichen Modernität auf. Automatisierter Pflanzenschutz im Weinberg, der Melkroboter im Stall, kundig erklärt von integren Wissenschaftlern, die verblassen angesichts der strahlenden Kämpferin für technische Innovationen im ländlichen Raum. Auf einer Digitalkonferenz, wo die Städter von der Zukunft selbstfahrender Busse redeten, habe, sie, Klöckner, erstmal klar gemacht, dass sie zum Thema auch was zu sagen habe, und dann die Anwesenden in Kenntnis gesetzt, dass die Landwirtschaft doch schon viel weiter sei, längst mit GPS säe, automatisiert melke und füttere. Es gehe nicht um 5G an jeder Milchkanne, sondern an jedem temperierten Milchtank und jedem Melkroboter, so ihr Seitenhieb auf die Ministerkollegin. „Wir wollen kein Land der zwei Geschwindigkeiten“, macht sie klar. Klöckner tut geschickt so, als wüsste sie genau um die Dinge, die die Landwirtschaft und der ländliche Raum brauchen und die sie bewegen. Das Land sei nur noch der Kompensationsraum städtischer Wünsche, sagte ihr erst gerade jemand. Damit zielt sie auf die aus ihrer Sicht zum Teil überhöhten Ansprüche einer in weiten Teilen vom Land entfremdeten, moralisierenden Gesellschaft mit Schwarz-Weiß-Denke.

„Die Debatte ist unversöhnlicher geworden“, sagt sie, setzt Nadelstiche gegen Medien und Internet. Nichtsdestotrotz gebe es Zielkonflikte aufzulösen zwischen Umweltschutz, Tierschutz und der Ökonomie, wollten viele Verbraucher wissen, wie Tiere gehalten werden. Aber die Welt müsse ernährt werden und das gehe nun mal nicht mit einem Teilausstieg aus der Landwirtschaft, so ihre Antwort auf die Frage nach einem Umsteuern in der Agrarpolitik.

Kunst und Natur

Dass der Ausstieg aus der Landwirtschaft längst bittere Realität für Bauern und Bäuerinnen ist, die aufgrund der aktuellen politischen Rahmenbedingungen und trotz GPS-Drillmaschine wirtschaftlich am Ende sind oder keine Nachfolger finden, sagt Julia Klöckner nicht. Das könnte sie sehen, wenn sie aus der Berliner Kunstwelt aufs Land kommen würde. Das sieht man, wenn man mit dem Trecker – also vorzugsweise langsam und über Land- und Nebenstraßen – durch Sachsen-Anhalt und Brandenburg fährt. Dörfer mit wunderschönen Backsteinkirchen, in denen aber auch jedes zweite Haus leer steht, verwaiste Höfe und die ehemaligen LPG-Sozialgebäude und Ställe, durch die der Wind pfeift. Nur wenige Menschen am Straßenrand, kaum Kinder, die winken. Das Gefühl ist eher „Bloß schnell weiter!“ als „Wie gern würde ich verweilen!“. Wer will schon der Letzte sein. Zwischen den Dörfern liegt entweder atemberaubende Natur, fast möchte man sagen: Wildnis, riesige alte Bäume, stille Seen – oder Agrarsteppe: Raps, so weit das Auge reicht, oder exakt, digitalisiert, GPS-gesteuert gedripte Wintersaat, vielleicht von einem rumänischen Schlepperfahrer weit weg von zu Hause im Auftrag eines Bauunternehmers, Möbelfabrikanten, Recyclingunternehmers...

darum, dass es weiterhin bäuerliche Familienbetriebe in der Landwirtschaft gibt. Sie wollen auch das Dorfleben bewahren. Die Landwirtschaft gehört für sie dazu. „Es gibt doch kaum noch wirkliche Dörfer“, sagt eine Frau angesichts des Höfesterbens. „Da sind wir in Rußmaier wirklich eine seltene Ausnahme.“

Elke Oberländer,
freie Journalistin



Blühende Landschaften kommen mit Botschaft in die Stadt

Foto: Schievelbein

Nicht hilfreich

„Mehrfamilienbetriebe“ nennt Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied so etwas nach wie vor. Um die sei man ebenso in Sorge wie um die Betriebe der Bauernfamilien, sagt er mit staatstragendem Gesichtsausdruck auf die Frage eines Journalisten nach der Stimmung angesichts von Dürresommer und schlechten Preisen. Da seien die Signale, die die Gesellschaft sende, alles andere als hilfreich, schiebt er nach und meint Tierwohl-, Umwelt-, Klimadebatten. Mehr als Sorge hat er allerdings nicht anzubieten, keine Veränderungen bei den Zahlungen aus Brüssel, die erste Säule müsse 60 %, lieber noch 70 % der Agrargelder beinhalten, Direktzahlungen seien das stabilste, wirkungsvollste und beste Risikomanagement der Betriebe. Sein Generalsekretär Bernhard Krüsken ist geschickter, verweist darauf, dass man aufpassen müsse, „dass sie die zweite Säule nicht kannibalisieren“. Sie, die Brüsseler Bürokraten, die vermeintlich dem Land so fern, während er Nähe suggerierte. Und Pragmatik: Beim Tierwohl müsse man gucken, was im laufenden Betrieb möglich sei, bei Baumaßnahmen aufpassen, dass man am Ende nicht in der Marktnische eingemauert sei. Auf dem Agrarkongress von Umweltbundesministerin Schulze hatte er neben Nähe zu Bauern auch noch mehr Offenheit suggeriert: Agrarpolitik sei von Kontinuität im Wandel geprägt. Es sei klar, dass ein – wenn auch langsamer – Evolutionsprozess stattfinde und die erste und zweite Säule der Vergangenheit angehörten. Krüsken weiß, vor welchem Publikum er was sagen muss.

Im Gespräch

Wer mit dem Trecker vom Land nach Blankenfelde bei Berlin kommt, hat sich wirklich bewegt. Es ist der Abend vor der „Wir haben es satt“-Demo. Bauern und Bäuerinnen treffen auf einem ehemaligen Gutshof ein, der längst Stadt ist. Konventionelle Bauern mit kleinen Traktoren und Biobäuerinnen mit großen Traktoren und umgekehrt, mit Traktoren, die natürlich auch mit Agrarsubventionen des bisherigen Systems bezahlt wurden. Trotzdem wollen die Bauern und Bäuerinnen hier eine Umverteilung jener Gelder und sie wollen faire Preise für ihre Erzeugnisse. Sie kommen zur Demo, nicht, weil die Folklore oder Gaudi ist, auch wenn die Bundeslandwirtschaftsministerin und andere es gerne so sehen würden. Sie kommen, um Forderungen vom Land nach Berlin zu tragen, aber auch, um zu hören, was die Stadt ihnen zu sagen hat. Und es kommt nicht das technikfeindliche Bullerbü zum vegan-verhipsterten Prenzlauer Berg, sondern Menschen miteinander ins Gespräch. cs

Fortsetzung von Seite 12

„In der Politik können wir zwar nicht viel ausrichten“, sagt ein Bio-Landwirt, „aber wir machen das für uns.“ „Konventionelle Betriebe und Bio-Bauern stehen doch heute unter dem gleichen Druck“, erklärt ein Landwirt, der selber konventionell wirtschaftet. „Da müssen wir zusammenhalten.“ Vielen Teilnehmern geht es nicht nur

Agrarministerkonferenz gibt „gefährliches Heilsversprechen“

Abschlusskommuniqué der Konferenz enthält auch „wegweisende Beschlüsse“

Zu Beginn der Grünen Woche trafen sich anlässlich des Global Forum for Food and Agriculture (GFFA) die Agrarminister und -ministerinnen aus 74 Ländern zu einer internationalen Konferenz, „um zu beraten, wie die Rentabilität, Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung, Widerstandsfähigkeit und Verbraucherorientierung in der Landwirtschaft mithilfe der Digitalisierung gestärkt werden kann“, heißt es in ihrem Abschlusskommuniqué. „Das von Bundesministerin Julia Klöckner initiierte und moderierte Kommuniqué 2019 des Global Forum for Food and Agriculture ‚Landwirtschaft digital – Intelligente Lösungen für die Landwirtschaft der Zukunft‘ ist ein gefährliches Heilsversprechen zur Lösung aller großen Herausforderungen in den Landwirtschaften der Erde“, kommentiert Ulrich Jasper, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) das Ergebnis der Beratungen. Die Sicherung der Ernährung für eine wachsende Weltbevölkerung, der Erhalt lebensfähiger ländlicher Gemeinschaften, wirksame Reaktionen auf den Klimawandel, die Vermeidung negativer Umweltwirkungen, der Tiererschutz und Fortschritte zur gesunden Ernährung weltweit – alles wird in dem Kommuniqué mithilfe der ‚Digitalisierung der Landwirtschaft‘ versprochen. „Wie einst mit der ‚Grünen Revolution‘ wird nun mit der digitalen Erfassung, Vernetzung und letztlich digitalen Steuerung aller wesentlichen Prozesse der Lebensmittelzeugung die Lösung aller Probleme versprochen. Das kann nur

scheitern“, so Jasper. Dieser Ansatz geht über die Köpfe von Milliarden Menschen, die weltweit in der Landwirtschaft arbeiten und davon leben, hinweg. „Das gilt nicht nur für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, die in dieser Strategie nicht auftauchen, aber für die Ernährung vor Ort entscheidend sind. Nein, das gilt auch für die weit technisierten modernen landwirtschaftlichen Betriebe bei uns“, erklärt der AbL-Geschäftsführer. Den notwendigen Umbau in weiten Teilen unserer Tierhaltung mit Digitalisierung lösen zu wollen sei ein Hohn, weil es die baulichen und finanziellen Herausforderungen außer Acht lasse. Auch im Ackerbau gebe es viele Innovationen abseits von Digitalisierung, die viel billiger, aber sofort wirksam sind, um die hier zunehmenden Herausforderungen meistern zu können.

Digitalisierung kein Selbstzweck

In dem Kommuniqué heißt es, dass die Regierungen und internationalen Organisationen der Vereinten Nationen bis hin zur Weltbank jetzt die Digitalisierung massiv vorantreiben sollen, auch und besonders mit Geld. „Die Gefahr besteht darin, dass hierfür nun ein Großteil der Aufmerksamkeit, Kraft und Mittel der Agrarministerinnen und Minister beansprucht wird und die anderen notwendigen Strategien und Maßnahmen hintenüberkippen“, erklärt Jasper. Die Digitalisierung sei kein Selbstzweck, und die Profiteure dieser Technologie dürften nicht zum Taktgeber der Politik für zukunfts-

fähige Landwirtschaft, gesunde Ernährung und lebensfähige Dörfer werden. „Bauern und Verbraucher brauchen Antworten in der realen Welt, und das dringend“, sagt der AbL-Geschäftsführer. Bereits während der laufenden Agrarministerkonferenz waren die Bauern und Bäuerinnen der „Wir-habensatt“-Demonstration mit ihren Traktoren vor das Auswärtige Amt, den Veranstaltungsort der Konferenz, gezogen, um ihre Anforderungen an die zukünftige Agrarpolitik und hier insbesondere die Digitalisierung in Form einer „bäuerlichen Protestnote“ zu übergeben. „Wir möchten bei Ihnen in Erinnerung rufen, dass bäuerliche Erfahrungen und bäuerliches Wissen ein Schatz sind, den es zu erhalten und zu schützen gilt. Dies wurde in der Vergangenheit in verschiedenen UN-Abkommen festgehalten und jüngst noch einmal durch die UN-Erklärung für die Rechte von Kleinbäuerinnen und -bauern und anderen Menschen, die im ländlichen Raum arbeiten, mit neuer Deutlichkeit bestätigt. Es gilt, dieses Wissen breit verfügbar zu machen und es gleichzeitig – angesichts der Megafusionen im vor- und nachgelagerten Agrar- und Ernährungssektor, wie zum Beispiel Bayer und Monsanto sowie Whole Foods und Amazon – vor einer Monopolisierung und einseitiger Kommerzialisierung durch die Konzerne zu schützen“, heißt es in der von Saskia Richartz, Kampagnenleiterin „Meine Landwirtschaft“, und Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL, unterzeichneten Protestnote. Darin werden

die versammelten Minister aufgefordert, „die notwendigen Schritte einzuleiten, damit nicht multinationale Konzerne wie John Deere, Claas, Bayer oder Google die Rechte erhalten, um die Daten und Informationen zum Beispiel über Klima, Genetik oder Böden exklusiv zu nutzen und zu bestimmen, wie die (digitale) Landwirtschaft der Zukunft aussieht. Macht und Wissen in der Hand weniger Megakonzerne sind aus der Sicht der Welternährung nicht zu akzeptieren“.

Verbindliche Regelungen

Deutliche Kritik an dem bisherigen Prozess der Digitalisierung in der Landwirtschaft, die „aggressiv von oben herab nach unten durchgesetzt wird“, übte vor dem Auswärtigen Amt auch die von den Philippinen stammende Neth Daño von der ETC Group, einer Partnerorganisation von Brot für die Welt. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern würden „in der Debatte zu Digitalisierung außerhalb von Lippenbekenntnissen noch nicht einmal berücksichtigt“. Sowohl Neth Daño als auch die Bauern und Bäuerinnen in ihrer Protestnote fordern zur Digitalisierung unter anderem „klare und verbindliche internationale Regeln im Rahmen der Vereinten Nationen“. Und unter anderem weil diese Forderung im Abschlusskommuniqué der Konferenz ihren Niederschlag gefunden hat, spricht Stig Tanzmann, Referent für Landwirtschaft bei Brot für die Welt, von „wegweisenden Beschlüssen“ des GFFA. „Der zentrale Punkt der Abschlusserklärung ist die Einigung der anwesenden Agrarminister auf einen globalen Prozess unter dem Dach der Vereinten Nationen zur Schaffung eines internationalen Rahmenwerks für die Digitalisierung in der Landwirtschaft“, so Tanzmann. Positiv bewertet er darüber hinaus, dass die Federführung für diesen Prozess bei der Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation (FAO) gesehen und diese ermutigt wird, „unter Beteiligung anderer Akteure eine Technikfolgenabschätzung der Chancen und Risiken der Digitalisierung für die Landwirtschaft und für die ländlichen Räume zu erarbeiten“. Und zusätzlich ist für ihn „wichtig, dass die Bundesregierung weiter den Dialog zur Digitalisierung in der Landwirtschaft mit den Bäuerinnen und Bauern sowie der Zivilgesellschaft sucht“.



Staatssekretär Stübgen erhält Bohrstock und Resolution als handfeste Handlungsoptionen

Foto: Nürnberger

Saatgut von wenigen Konzernen beherrscht?

OECD-Bericht zeigt Strukturen der Saatgutmarktes auf

Gegen die vielen Fusionen auf dem Saatgutmarkt – in den letzten Jahren Bayer mit Monsanto, ChemChina mit Syngenta und Dow mit DuPont – wird stark protestiert, da weniger Wettbewerb, höhere Abhängigkeiten, eine geringere Produktauswahl und höhere Preise befürchtet werden. Aber wie stark ist die Konzentration auf dem Saatgutmarkt in verschiedenen Bereichen wirklich, also inwiefern dominieren wenige, große Konzerne? Mit vielen Daten und Studien analysiert der 2018 erschienene Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) „Concentration in seed markets – potential effects and policy responses“ diese Frage. Es darf nicht vergessen werden, dass die größte Menge des Saatgutes weltweit von BäuerInnen und GärtnerInnen selbst nachgebaut und nicht auf dem kommerziellen Saatgutmarkt gekauft wird. Laut OECD wurde 2016 bezogen auf den Geldwert rund 60 – 70 % des Saatgutes bei Weizen, Gerste, Reis und Kartoffeln nachgebaut. Bei Kulturen, bei denen viele Hybrid- und gentechnisch veränderte Sorten genutzt werden, ist der Anteil des Nachbaus natürlich viel geringer (Soja ~10%, Raps ~20%, Mais ~20%).

Mais, Mais, Mais

Auf der anderen Seite wird weltweit kommerzielles Saatgut aus privater und öffentlicher Züchtung für geschätzt rund 52 Mrd. US-Dollar (2014) gehandelt. In den letzten Jahren wuchs der Saatgutmarkt gerade bei gentechnisch verändertem, aber auch bei konventionellem Saatgut stark an. Ein riesiger Anteil des Saatgutumsatzes wird mit Mais gemacht (40 %) und viel Geld wird auch mit Saatgut von Sojabohnen (14 %), Reis (10 %), Gemüse (9 %), Getreide (8 %) und Baumwolle (4 %) eingenommen (Zahlen von 2014). Nach Daten der OECD (2017) beherrschen die sechs größten multinationalen Saatgutkonzerne mit rund 27 Mrd. US-Dollar Umsatz 52 % des Saatgutmarktes: Bayer-Monsanto, DowDuPont, ChemChina-Syngenta, Vilmorin, BASF und KWS.

Abhängig von Nutzpflanze und Land

Wie groß der Marktanteil von einzelnen Unternehmen am gesamten Saatgutumsatz (inklusive Nachbau) ist, variiert je nach Nutzpflanze und Land. Baumwolle ist die Kultur mit der höchsten Konzentration auf dem Saatgutmarkt, insbesondere in Mexiko und Brasilien, wo das gesamte Baumwollsaatgut nur von vier Konzernen stammt. Die Marktmacht ist mittelmäßig



Wenige Unternehmen verdienen mit wenigen Arten viel Geld

Foto: Nürnberger

stark bei Soja, Sonnenblume, Zuckerrübe und Mais. Bei Mais haben beispielsweise die vier größten Konzerne in Deutschland einen Marktanteil von 66 % und in Dänemark sogar von 98 %. Die geringste Konzernmacht gibt es bei Raps, Kartoffeln, Weizen und Gerste. Der hohe Anteil an Nachbau bei diesen Kulturen trägt sicherlich dazu bei, dass in Deutschland die vier größten Firmen von Weizen- und Gerstensaatgut nur einen Marktanteil von 44 % besitzen (2016).

Geld mit Gentechnik

Gentechnisch verändertes Saatgut bringt wenigen riesigen Saatgutkonzernen sehr viel Geld ein. Weltweit wurden 41 % des Saatgutumsatzes mit gentechnisch verändertem Saatgut gemacht (21 Mrd. US-Dollar, 2001-2014). Es geht vor allem um Gentechnik-Saatgut von Soja, Mais, Baumwolle und Raps, und die Hauptanbauländer sind die USA, Brasilien, Argentinien, Kanada und Indien. Nur die größten Konzerne können im Gentechnikbereich mitspielen, da die Kosten für Forschung, Biotechnologie, Patente und die Zulassung von Gentechnikpflanzen sehr hoch sind. Warum fusionieren so viele Saatgutkonzerne und was sind die Konsequenzen? Wenn konkurrierende Unternehmen fusionieren (horizontale Fusion), sollen vor allem die relativ hohen Kosten für Forschung und Entwicklung reduziert werden. Kritisiert wird, dass dies zu geringerer Produktauswahl führen kann. Die meisten großen Saatgutkonzerne sind auch in der Chemieindustrie aktiv. Heute fusionieren diese zusätzlich noch mit Firmen im Bereich Digitalisierung und Landmaschi-

nen (vertikale Fusionen), sodass sie aufeinander abgestimmte Produkte von Saatgut, Dünger, Pestiziden und Landmaschinen aus einer Hand anbieten können. Laut Bericht könnten dadurch die Geschäftsbereiche besser verbunden werden und effiziente Produkte entstehen, jedoch birgt dies auch die Gefahr von Abhängigkeiten und dass der Zugang zu Märkten und Ressourcen für andere Anbieter blockiert werden könnte. Eine weitere Einschränkung des Wettbewerbs geschieht, da große, multinationale Firmen auf vielen Märkten miteinander konkurrieren, sodass sie dazu tendieren, sich nicht stark anzugreifen. Einige Studien zeigen einen Anstieg von Saatgutpreisen durch Marktkonzentrationen, während andere keinen negativen Einfluss nachweisen.

Maßnahmen

Laut OECD-Bericht schränken Wettbewerbsbehörden erfolgreich zu große Marktmacht ein. Beispielsweise wurde Bayer für die Fusion mit Monsanto u. a. gezwungen, fast sein gesamtes Saatgutgeschäft an BASF zu verkaufen. Der Initiative „Konzernmacht begrenzen“, die von der AbL und weiteren 27 Organisationen getragen wird, ist dies aber noch zu wenig, sie fordert, dass bereits ab einem Marktanteil von 20 % statt 40 % Kartellbehörden eingreifen müssten. Aus Sicht der OECD muss außerdem zur Sicherung des Wettbewerbs der Zugang zu geistigem Eigentum und pflanzengenetischen Ressourcen sichergestellt werden.

Svenja Holst, AbL NRW Projekt „Saatgut: Vielfalt in Bauern- und Gärtnerhand“



Patent-Moratorium gefordert

Aufgrund öffentlicher Proteste in vielen europäischen Mitgliedstaaten – und auch weil Parlamente sich z. T. einstimmig gegen die Patentierung von Pflanzen und Tieren ausgesprochen hatten – wurde im Juni 2017 mittels eines Beschlusses der 38 Vertragsstaaten des Europäischen Patentamtes (EPA) die Patentierung sowohl der Verfahren zur konventionellen („im wesentlichen biologischen“) Züchtung als auch der daraus resultierenden Pflanzen und Tiere verboten. Unterstützt wurde dies auch von der EU-Kommission und dem EU-Parlament. Trotzdem versuchen insbesondere die Konzerne wie Bayer, Syngenta und BASF weiterhin, Patente auf konventionell gezüchtete Pflanzen zu erlangen. Im Dezember 2018 erteilte die Beschwerdekammer des EPA Syngenta überraschend ein Patent auf konventionell gezüchtete Paprika. Diese Entscheidung steht im Widerspruch zu dem 2017 gefassten Beschluss der Vertragsstaaten. Die Erteilung weiterer Patente sofort zu stoppen fordern 40 Organisationen, darunter die AbL und die IG Nachbau, vom Präsidenten des EPA. Auch die Länder-Agrarminister forderten bei der Amtschefkonferenz im Januar 2019 die Aussetzungen von Patententscheidungen und bitten den Bund, eine Klarstellung des Patentübereinkommens zu prüfen. av

„Der Widerstand geht aber weiter“

Interview mit dem Brasilianer Antônio Andrioli, Vize-Rektor der Universidade Federal da Fronteira Sul, UFFS

Angela Müller: Am Samstag fand in Berlin die „Wir haben es satt“-Demo statt. Was bedeutet Ihnen die Bewegung?

Antônio Andrioli: Ich war letztes Jahr auf der Demo dabei und konnte vor dem Brandenburger Tor eine Botschaft zur Situation von Landwirtschaft und Politik in Brasilien vortragen. Die Landwirtschaft hat meiner Ansicht nach nur eine Zukunftsperspektive, wenn sie bäuerlich, lokal und ökologisch gestaltet wird. Auch das Engagement gegen Glyphosat, Agrargifte generell und Gentechnik ist für mich sehr wichtig. Ich wünsche mir außerdem, dass Solidarität eine wichtige Rolle spielt. Denn das gute Lebensniveau in Europa basiert auf der Ausbeutung von Mensch und Natur in anderen Teilen der Welt. Ich habe es satt, dass in Brasilien Indigene, Kleinbauern und Landlose von ihrem Land vertrieben werden, damit mehr Soja angebaut werden kann – Soja, das letztendlich als Eiweiß für die billige Fleisch- und Milchproduktion auch in Europa dient.

Die Frage der Solidarität gewinnt an Bedeutung, seit Jair Bolsonaro Präsident wurde. Wie haben Sie die vergangenen Monate seit seiner Wahl erlebt?

Es ist eine Mischung aus Enttäuschung und Empörung. Enttäuschung, weil ich nicht dachte, dass so viele den Parolen und Lügen des Wahlkampfes glauben würden. Darunter auch Menschen, deren Lebensqualität sich durch die Sozialprogramme der vorherigen Regierungen verbessert hatte. Diese Programme sollen jetzt abgebaut werden, was die soziale Ungleichheit verstärken wird. Bedrückend ist die große Zustimmung in der Bevölkerung. Die glaubt anscheinend fest daran, dass durch Privatisierungen, den Abbau des Sozialstaates und Repression die Wirtschaft wieder wachsen wird. Viel mehr Menschen, als man vermutet, ärgern sich über die Sozialprogramme der vorherigen Regierungen, haben Hassbilder und hoffen, dass die privilegierten Schichten weiter priorisiert werden, auch wenn sie selbst gar nicht dazugehören. Brasilien galt als gutes Beispiel des menschlichen Zusammenlebens mit einer diversifizierten Gesellschaft. Dieses schöne Bild wurde nun zerstört. Die Polarisierung in der Bevölkerung ist gewachsen und es gibt keine Aussicht,

dass sich dieses verringern wird. Im Gegenteil: Konflikte und Gewalt nehmen jetzt schon zu.

Die agrarökologische Bewegung dagegen ist voller Sorge. Was hat sie von der neuen Regierung zu erwarten?

Es ist eigentlich nicht neu für Brasilien, dass das Agrarministerium so mächtig ist. Es setzt die Interessen der Großgrundbesitzer, der Agrarindustrie, um. Diese stellt nach wie vor den größten Block im Parlament und ist jetzt auch an der Regierung beteiligt. Schon unter Lula und Rousseff stellte sich die Frage, ob eine Koexistenz zwischen kleinbäuerlicher Familienlandwirtschaft und Agrobusiness möglich ist. Jetzt ist zu erwarten, dass alle Programme zur Förderung von Familienlandwirtschaft, Agrarreform, Ernährungssicherheit, Umwelt und Agrarökologie einfach abgebaut werden. Selbst erfolgreiche Programme wie „Null Hunger“, das durch den Aufkauf von Lebensmitteln auch den Bauern zugutekommt, sind davon betroffen.

Letztes Jahr sind so viele Menschen bei Landkonflikten ums Leben gekommen wie noch nie. Die Landlosenbewegung MST, die mit legalen Mitteln eine Umverteilung des Landes bewirkt, wird als Terrororganisation bezeichnet.

Die Landlosenbewegung ist die größte politische Kraft in der brasilianischen Zivilgesellschaft und leistet demokratischen Widerstand gegen die autoritäre



Wohin rückt Brasilien?

Foto: Jasper

Regierung. Die Bekämpfung der MST ist daher eine logische politische Maßnahme. Schon in den ersten Tagen wurde die Agrarreform komplett gestoppt und die zuständigen Regierungsvertreter kündigten an, dass es mit der MST keinen Dialog oder Verhandlungen mehr gäbe. Wir rechnen mit Repression, Zwangsräumungen und Vertreibungen. Der Widerstand geht aber weiter. Alle fortschrittlichen Kräfte, die in Brasilien und weltweit die MST unterstützen, bilden eine Einheit.

Im Wahlkampf hat Bolsonaro gesagt, es gäbe keinen Zentimeter Land mehr für die Indigenen.

Schon unter Dilma Rousseff wurde die Anerkennung von indigenem Land vernachlässigt. Jetzt ist das Agrarministerium dafür zuständig und die Flächen sollen für Landwirtschaft genutzt werden. Bisher schützten die Indigenen die Regenwälder, nun kann die Abholzung weiter zunehmen. Es ist aber auch eine Frage der Menschenrechte. Die Ureinwohner und ihre Lebensform sind durch die brasilianische Verfassung geschützt. Der Kampf für die Erhaltung dieser historischen Errungenschaften und für den Schutz ihrer Lebensräume ist jetzt entscheidend.

Die UFFS steht als öffentliche Uni in der Schusslinie. Was hat sich schon geändert und welche Probleme erwarten Sie?

Die UFFS wurde auf Druck der wichtigsten sozialen Bewegungen gegründet. Diese bestimmen auch bei der Hochschulpolitik und Leitung mit. Wir sind einzigartig, weil wir hauptsächlich mit Absolventen öffentlicher Schulen arbeiten. Und weil wir Zukunftsthemen wie z. B. Agrarökologie, Ernährungssouveränität, ländliche Bildung, Menschenrechte und öffentliches Gesundheitswesen unterrichten. Damit stehen wir im Widerspruch zur neuen Regierung und werden heftig angegriffen. Bereits unter Temer sind die Finanzmittel stark reduziert worden und dies wird sicherlich so weitergehen. Auch an der UFFS wurde versucht, Studentenversammlungen zu verbieten, die akademische Freiheit von Professoren einzuschränken, Themen wie Gender, Demokratie und Menschenrechte zu diffamieren sowie Diskussionen über Faschismus zu verhindern. Auch intern wachsen rückschrittliche Strömungen, was sich wahrscheinlich bei den Uni-Wahlen



Antonio Andrioli

zeigen wird. Ob wir es in dem schwierigen Kontext überstehen werden, ist offen, aber wir versuchen es! Wir werden weiter freies Denken fördern, innovativ sein und Widerstand leisten.

Die Deutschstämmigen in Brasilien haben überwiegend für Bolsonaro gestimmt. Dass in Deutschland große Sorge und Bestürzung über seine Wahl verbreitet ist, löst hier Verwunderung aus. Was können wir in Europa tun?

Deutschland und Brasilien sind wichtige Partnerländer. Daher sollte sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass Demokratie, Umweltschutz und Menschenrechte in Brasilien eingehalten werden. Im schlimmsten Fall könnten auch Handelsbeziehungen abgebrochen werden. Nichtregierungs- und besonders Menschenrechtsorganisationen müssen meiner Meinung nach sofort reagieren. Kirchliche Organisationen haben einen wichtigen Einfluss auf die brasilianische Politik und viel Erfahrung aus den Zeiten der Militärdiktatur.

Die Sojaproblematik verbindet uns. Wie kann die deutsche Landwirtschaft bzw. europäische Agrarpolitik positive Einflüsse auf die Bauernfamilien in Brasilien haben?

Auch für die deutsche Landwirtschaft ist das Modell der Abhängigkeit von Importen aus Brasilien schädlich. Daher ist die Solidarität von Bauern und Zivilgesellschaft besonders wichtig. Ein sehr konkreter Schritt wäre es, die Importe von pestizidverseuchtem und mit ungerechten Arbeitsverhältnissen produziertem Soja zu reduzieren. Denn sie führen zur Abholzung von Wäldern und zur Vertreibung von Bauern wie Ureinwohnern. Die Menschen in beiden Ländern müssen sich solidarisch im gemeinsamen Kampf gegen die Macht der Agrarindustrie verbinden.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Angela Müller, Mission Eine Welt in Paraná, Brasilien

Wieder Berlin - doch ganz anders

In Ostdeutschland wird schon die Anfahrt zur Demo

Diesmal war es endlich soweit: 4 Trecker rollten von Thüringen nach Berlin zur „Wir haben es satt“-Demo. Und damit die lange Fahrt nicht langweilig würde machten sie noch Zwischenstopps in Erfurt vor dem Landtag, in Halle auf dem Marktplatz (da waren es schon 5 Trecker) und in Leipzig vor dem Gewandhaus (nun schon 10!). Jeweils unter großer medialer Präsenz und mit erstaunlichen Resultaten: in Erfurt bekundeten die drei regierungstragenden Fraktionen Linke, Grüne und SPD nun einhellig, endlich und ganz konkret aktiv zu werden, um dem Ausverkauf der landwirtschaftlichen (Groß-) Betriebe an Investoren einen Riegel vorzuschieben. Bereits im Februar wird es ein Treffen mit einem Fachjuristen geben, der einen dem entsprechenden Gesetzentwurf für ein Agrarstrukturgesetz verfassen wird. Noch erstaunlicher ist, daß seitdem sowohl die Thüringer Landwirtschaftsministerin Birgit Keller (Die Linke), als auch der hiesige Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke) öffentlich äußern, daß Landgrabbing nun auch in

Thüringen ein Thema sei – nach Jahren der Gespräche, Veranstaltungen und Papiere können so ein paar Trecker doch einiges bewirken! Auf einer Anhörung des Thüringer Landtages unmittelbar vor der Demo betonten sowohl der stellvertretende Generaldirektor der DG Agri der Europäischen Kommission Rudolf Mögele, als auch Rainer Gießübel, Abteilungsleiter im BMEL, daß sich etwas in der Landwirtschaftspolitik bewegen müsse, die bevorstehende Demo mache das ja wieder einmal deutlich. Ob die beiden Herren dies auch ohne kraftvolle Demos so sehen würden, wage ich zu bezweifeln. Landgrabbing war und ist auch in Halle und in Leipzig das Thema – nur sind die dicken Bretter in Sachsen offensichtlich noch nicht so gut vorgebohrt, da wird wohl noch ein bißchen dauern, bis sich politisch etwas bewegt. Wir bleiben dran! Und sind im nächsten Jahr wieder in Berlin – mit Zwischenstopps...

Reiko Wöllert,
AbL Mitteldeutschland



Neue Gentechnikverfahren nachweisbar

Die Gentechnikindustrie möchte, dass Produkte, die mit neuen Gentechnikverfahren hergestellt worden sind, von der Risikobewertung, dem Zulassungsverfahren sowie der Nachweis- und der Kennzeichnungspflicht und von Haftungsregelungen ausgenommen werden. Sie argumentieren, dass es unmöglich sei, Veränderungen, die durch die neuen Verfahren hervorgerufen werden, von natürlichen Mutationen zu unterscheiden. Dem widerspricht der Wissenschaftler Yves Bertheau, ehemaliger Forschungsdirektor des französischen Nationalen Instituts für Agrarforschung (INRA), in einem aktuellen Fachartikel. Er zeigt, dass Genom-Editierung klare Spuren in der DNA hinterlässt. Sofern die Entwickler diese offenlegen und Referenzmaterialien zur Verfügung stellen, können die Produkte der neuen Gentechniken problemlos nachgewiesen werden. Wenn die Sequenz nicht bekannt ist, ist eine Nachweisbarkeit schwieriger. Allerdings hinterlassen die unterschiedlichen Verfahren Spuren, so dass auch in solchen Fällen Rückschlüsse gezogen werden können, woher die Veränderungen kommen. Das war auch schon bei den alten Gentechnikverfahren so. Auch deshalb fordern Wissenschaftler, dass die Veränderungen in einem weltweiten Register veröffentlicht werden müssen. av

Landwirtschaft und Naturschutz

Letztes Jahr auf dem Tag der Landwirtschaft entstand die Idee, ein gemeinsames Papier von AbL, NABU und BUND auf Landesebene zur zukünftigen Gestaltung der landwirtschaftlichen Förderpolitik zu verfassen. Ein Jahr und viele sehr anregende Diskussionsrunden später war es dann soweit: auf dem jährlichen Tag der Landwirtschaft der AbL Mitteldeutschland kamen 120 interessierte Menschen - unter ihnen die Thüringer Umweltministerin Anja Siegesmund, (Grüne) zusammen, um sich die Ideen anzuhören und zu diskutieren. Neben vielen Aspekten aus dem GAP-Papier der AbL flossen auch Forderungen aus dem Naturschutz ein, die es in der Praxis deutlich einfacher machen dürften, im bäuerlichen Handeln wieder verstärkt Aspekte des Umwelt- und Naturschutzes zu berücksichtigen. Als Beispiele seien hier nur die Anwendung einer erweiterten Grünlanddefinition erwähnt, damit Feuchtgebiete u.ä. nicht aus der Fläche herausgerechnet werden; die Möglichkeit auf der selben Fläche mit verschiedenen Betrieben zu wirtschaften (der Wanderschäfer, der das Auflaufgetreide abhütet z.B.); die Förderung von Weidebäumen und Hecken usw. Nach zwei sehr inspirierenden Vorträgen zu Blühwiesen und Waldweide wurde dann bei der anschließenden Mitgliederversammlung ein neuer Vorstand gewählt: neben den schon lang aktiven Michael Grolm, Claudia Gerster, Volker Bauer, Danilo Braun und Ralf Demmerle kommen nun Alina Kruschinski, Roland Bischof und Janin Becke dazu. Viel Spannendes wartet auf sie: Damit Thüringen bei der anstehenden Landtagswahl im Oktober eine Landesregierung bekommt, die all die guten Ideen auch umsetzt, wurde beschlossen, im September in Erfurt eine Wir-haben-es-satt! Demo zu organisieren – 15 Trecker dafür gibt es schon! Reiko Wöllert, Landesgeschäftsführer AbL Mitteldeutschland

Kennzeichnung à la USA

Das US-amerikanische Landwirtschaftsministerium (USDA) hat nun festgelegt, wie Lebensmittel mit gentechnisch veränderten (GV) Zutaten zu kennzeichnen sind. Die US-Verbraucherorganisation Center for Food Safety (CFS) kritisiert die Regelungen als völlig unzureichend, da die meisten GV-Lebensmittel auf diese Weise gar nicht gekennzeichnet werden müssten. Das Ministerium sollte für Verwirrung und Unsicherheit bei Verbrauchern, Händlern und Herstellern. Denn es sollen nur solche Lebensmittelkomponenten gekennzeichnet werden, die nachweisbar GV-Erbgut enthalten. Ist dies wie beispielsweise in hoch verarbeiteten Produkten wie Öl oder Zucker nicht der Fall, können die Firmen dies freiwillig deklarieren. Auch tierische Lebensmittel, die mit GV-Futter erzeugt wurden, müssen nicht gekennzeichnet werden. Erlaubt ist eine unabsichtliche Verunreinigung bis zu 5 % (in der EU sind es 0,9 %). Entweder können die Hersteller ein stilisiertes Ackersymbol mit Sonne und dem Schriftzug „bioengineered“, also „biotechnologisch“, verwenden – anstatt die seit 30 Jahren eingeführten Kennzeichnungsbegriffe wie „gentechnisch verändert“ (genetically engineered) oder „gentechnisch veränderter Organismus, GVO“ (genetically modified organism, GMO). Firmen können die Informationen aber auch über einen sogenannten QR-Code hinterlegen, den man nur mit einem Smartphone und Internetzugang öffnen kann. Insbesondere dies diskriminiere über 100 Millionen US-Amerikaner, die nicht über die notwendige Technologie und Breitbandverbindung verfügten, so das CFS. av

Biobauer im hessischen Landtag

Auch für ihn überraschend zog der 61-jährige Biobauer und bisherige Sprecher der Landesvereinigung ökologischer Landbau Hans-Jürgen Müller für die Grünen in den hessischen Landtag ein. Überraschend deshalb, weil der in der Nähe von Witzenhausen lebende Müller nur auf dem eigentlich wenig aussichtsreichen Platz 24 der Landesliste antrat. Durch das gute Ergebnis der hessischen Grünen rutsche er, der gerade den einst mit Freunden umgestellten Gutshof in Fahrenbach übergeben hat, doch noch ins Parlament in Wiesbaden. Nun freue er sich auf die neue Herausforderung, sich für landwirtschaftliche und Umweltthemen – unter anderem wurde er Vorsitzender des Agrarausschusses – im Sinne der Bauern und Bäuerinnen stark zu machen, sagte er der hessisch-niedersächsischen allgemeinen Zeitung. cs

Umbau der Landwirtschaft ohne die politisch Verantwortlichen

Der Handel hingegen wird aktiv – jetzt auch Lidl mit Bioland-Milch

Bioland und Lidl an jeder Bushaltestelle, ganzseitig in Magazinen... Wer es noch nicht mitbekommen hatte, dass der größte deutsche Bio-Anbauverband eine Partnerschaft mit einem der beiden führenden Lebensmitteldiscounter eingegangen war, der musste spätestens Anfang des neuen Jahres darüber stolpern. Anlass für die betont stimmungsvolle, einzelne Bioland-Erzeuger nach vorne stellende Werbekampagne war sicher auch, dass Lidl nach dem Einstieg in die Vermarktung von Bioland-Waren mit einzelnen Produkten ab Januar nun die gesamte Biomolkereilinie darauf umgestellt hatte. Angesichts der Jahreszeit war es naheliegend, dass Bioland auch auf der Grünen Woche zur

Debatte um die neue Partnerschaft mit Discounter Lidl einlud. Auf einer gut besuchten Presseveranstaltung legte Bioland-Präsident Jan Plagge einmal mehr dar, wie es nach monatelangen Gesprächen mit Lidl zur Vereinbarung von Fair-Play-Regeln, einer Ombudsstelle für Unstimmigkeiten und dem Unterlassen von Rabattaktionen bei Bioland-Artikeln gekommen war. „Der Impuls kam aus dem Markt, auch weil die Politik die Frage eines Umbaus der Landwirtschaft seit Jahren unbeantwortet lässt“, sagte Plagge. Man wolle damit Bio in die Mitte der Gesellschaft bringen. Natürlich gab und gebe es Befürchtungen, so Plagge, Lidl betreibe nur Greenwashing, Bioland beuge sich die

Abhängigkeit eines nicht gerade zimperlichen Marktakteurs – im Verband seien nicht alle einverstanden gewesen. Direktvermarkter und Fachhandel seien verständlicherweise beunruhigt. Sie sollen nun noch stärker vom Bioland-Verband unterstützt werden, versprach Plagge. Mit auf dem Podium saß Jan Bock, Lidl-Einkaufsleiter und offensichtlich einer der maßgeblichen Motoren des Projektes bei Lidl. Auch ihm sei sehr bewusst, dass es mit Skepsis betrachtet werde, wenn ein Discounter sich Nachhaltigkeit auf die Fahnen schreibe, er wisse natürlich um die Vorwürfe des ruppigen Gebarens und der Preisdrückerei in der Vergangenheit. Auch deshalb habe man sich darauf eingelassen, Bioland-Artikel nicht zu „veraktionieren, obwohl das eigentlich in unserer DNA liegt“, so Bock. Die 1,05 Euro, die die Bioland-Vollmilch im Lidl koste, die fänden sich auch zumindest bei Biosupermärkten wie denn’s.

Positiv beeinflussen

Bioland-Milchbauer Konrad Stöger ist einer der Lieferanten, dessen Milch zu Lidl geht, wahrscheinlich seit geraumer Zeit schon ging. Denn er wie auch Jan Bock bestätigen, dass bereits schon länger in die bisherige EU-Bio-Milchpappe von Lidl Verbandsware und damit zum großen Teil auch Bioland-Milch geflos-

sen ist. Es wurde eben nur bislang nicht ausgelobt. Rund zehn Biomolkereien in ganz Deutschland liefern die Biomilch zu Lidl. Österreichische Milch, so Stöger, stehe bei der Vermarktung im konventionellen LEH oft in Konkurrenz zu einheimischer Ware, das ändere sich dann nun zumindest bei Lidl. Noch immer gebe es Wartelisten für umstellungswillige landwirtschaftliche Betriebe bei den Biomolkereien und relativ viel Milch auf dem Markt, so Stöger. Gleichzeitig sei es gelungen, den Biomilchpreis vom konventionellen abzukoppeln und stabil zu halten. Er sieht den neuen Vermarktungsweg positiv: „Wir müssen uns öffnen, damit keine Bio-Parallelgesellschaft entsteht und wir auch weiteren Betrieben die Möglichkeit der Umstellung geben.“ Schließlich gehe es auch um eine bessere Landwirtschaft weltweit. Gleichzeitig höre auch er die kritischen Stimmen mit ihren berechtigten Sorgen. Er versuche, über Gespräche zu vermitteln, dass die ausgehandelten Verträge eine gewisse Sicherheit bieten und man doch erst einmal abwarten müsse, wie sich alles entwickelt. Und ganz wichtig ist es ihm, einen Aspekt zu betonen: „Die grundsätzliche Entwicklung Bio im konventionellen Lebensmitteleinzelhandel lässt sich nicht mehr aufhalten, wir sollten nun unsere Chance nutzen, sie positiv zu beeinflussen.“ *cs*



Unabhängig von Lidl: Bioland-Bauern demonstrieren in Berlin

Foto Nürnberger

Gute Landwirtschaft für gutes Essen und Umwelt

Ökolandbau bietet Vorteile, Blick auf unterschiedliche Parameter

Die bisher umfangreichste Auswertung von Vergleichsstudien zwischen dem Ökolandbau und konventioneller Landwirtschaft hat das Thünen-Institut auf der Grünen Woche vorgestellt. Die Meta-Analyse von 528 Veröffentlichungen ergab ein differenziertes Bild der Vor- und Nachteile der jeweiligen Anbaumethoden, da die Parameter Wasserschutz, Bodenfruchtbarkeit, biologische Vielfalt, Klimaschutz und -anpassung, Ressourceneffizienz und Tierwohl betrachtet wurden. In den meisten Vergleichen schneidet das ökologische Anbausystem positiver ab als die konventionelle Landwirtschaft. So wirkten sich beim Wasserschutz der Verzicht auf chemisch-synthetische Pestizide sowie geringere Stickstoffausträge positiv aus. Die Bodenfruchtbarkeit in Ökobetrieben ge-

messen an Biomasse und Regenwurmpopulationen hob sich mit Werten von bis zu über 90 % erheblich von den konventionellen Vergleichsflächen ab. Damit verbunden war auch eine geringere Versauerung. Beim Gehalt an pflanzenverfügbarem Phosphor im Oberboden konnte hingegen keine eindeutige Tendenz für die eine oder andere Bewirtschaftungsform festgestellt werden. Auch bei der Biodiversität hebt sich der Ökolandbau eindeutig positiv ab, allerdings beschreiben die Wissenschaftler einen erheblichen Einfluss der Landschaftsstruktur, der auch die Effekte der Landnutzung überlagern könne. Durch einen durchschnittlich höheren Humusgehalt und eine höhere Aggregatstabilität in Ökoböden wird eine größerer Beitrag zu Hochwasserschutz und Erosionsvermeidung gelei-

stet. Stickstoff- und Energieeffizienz sind im Ökolandbau meist vorteilhafter. In zwei Bereichen waren die Ergebnisse nicht ganz so eindeutig auf Seiten des Ökolandbaus: Beim Klimaschutz punktet er zwar mit einer höheren Kohlenstoffspeicherungsrate und verminderten Lachgasemissionen. Durch die geringeren Erträge im Ökolandbau sind die Klimaschutzleistungen pro geerntetem Doppelzentner allerdings wahrscheinlich auf einem ähnlichen Niveau wie bei konventionellen Betrieben. Beim Tierschutz bietet die ökologische Tierhaltung Vorteile gegenüber der konventionellen, die Tiergesundheit ist vergleichbar. Der Tierhalter und sein Management scheinen hier ein Faktor, der unter Umständen entscheidender ist als die Haltungssysteme. Auch auf internationaler Ebene

veröffentlichte die renommierte Wissenschaftszeitung The Lancet gerade eine Studie einer Kommission von 37 Wissenschaftlern aus 16 Ländern. Ihr Resümee ist noch weitreichender als ein reiner Vergleich der Wirtschaftsformen. Sie führen für die Welternährung an, dass sich die Ernährungsgewohnheiten der reichen Länder erheblich ändern müssten, damit die negativen Auswirkungen der Fehlernährung reduziert werden und gleichzeitig Hunger erfolgreich bekämpft werden kann. Landwirtschaftlich ist der Schlüssel ein nachhaltiges Landnutzungssystem mit erweiterten Fruchtfolgen und reduzierter Düngung, um negative Ernährungs- und damit auch Gesundheits- wie Umweltwirkungen zu reduzieren. *cs*

„Bio im LEH bleibt meist Greenwashing“

Ein Interview mit der Geschäftsführerin des BNN über die Anforderungen an Absatzwege für Bioprodukte

Unabhängige Bauernstimme: Frau Röder, Sie sind die Geschäftsführerin des BNN (Bundesverband Naturkost Naturwaren e. V.). Wie haben Sie die Entwicklungen des Naturkostfachhandels im vergangenen Jahr wahrgenommen?

Elke Röder: Der Naturkostfachhandel ist, nach einer kleineren Stagnation 2017, im vergangenen Jahr gewachsen. Das Wachstum bei den Tagesumsätzen lag bei 6,2 Prozent. Das ist ein gutes Ergebnis, denn wir brauchen ein organisches Wachstum, auch beim Umsatz. Die Betriebe wollen größer werden, umbauen, ihre Einrichtung erneuern. Mit einem Nullwachstum wäre das nicht möglich.

Auch die Bioanbauflächen wachsen immer weiter. Damit steigt natürlich auch die Menge der Biowaren. Sind wir schon an einem Punkt, an dem mehr Verbandsware angeboten wird, als der Fachhandel aufnehmen kann?

In einigen Rohstoffgruppen ist das so. Wir haben aber zwei unterschiedliche Sichtweisen. Einzelhändler denken nicht in Rohstoffen, sondern in Sortimenten im Regal. Landwirte orientieren sich eher an den Erntemengen ihrer Produkte. Auch weil es immer wieder zu Situationen kommt, in denen Übermengen als EG-Bio vermarktet werden müssen. Einzelhändler sind stark auf ihren Laden fokussiert und motiviert, Spezialitäten und einzigartige Produkte anzubieten. Der Eindruck eines Überangebots bestätigt sich aus diesem Blickwinkel nicht. Diversifizierung im Anbau, in der Tierhaltung kann daher für Landwirte attraktiv sein.

Welche Konsequenzen hat vor diesem

Hintergrund die Kooperation von Bioland mit Lidl?

Lidl ist ein Discounter mit einer enormen Größe. Wenn Lidl eine Aktion machen würde, dann wäre der deutsche Bio-Markt leergefegt. Woher soll dann die Ware für die kleineren Läden kommen? Für mich, als Vertreterin des Naturkostfachhandels steht die Frage im Vordergrund, wie man unsere gewünschten, regionalen Strukturen sichern und stärken kann. In jedem Fall wäre hierfür eine präzise Angebotsplanung notwendig, um alle Vertriebswege sicher zu versorgen. Ich bin mir unsicher, ob das das Ziel von Bioland ist, und wenn ja, ob das gelingen kann.

Die ersten Bioland-Produkte sind bei Lidl zu kaufen, die Werbekampagne ist gestartet. Gibt es schon erste Auswirkungen von Bioland im Discounter?

Lidl steigt z.B. bei der Bioland-Milch mit einem echten Kampfpfeis, 1,05 Euro, ein. Das sind Konditionen, die auch den Molkereien sehr wenig oder gar keine Spielräume lassen. Möglich, dass Molkereien mit nur 20 bis 30 % Biomilch die niedrigen Preise quersubventionieren, beispielsweise, weil sie auch ihre konventionellen Produkte an Lidl liefern. Es wird sich zeigen, wie reine Biomolkereien das Preisniveau dauerhaft halten können.

Wie kann man als Fachhändler auf solche Entwicklungen reagieren?

Eher nicht über den Preis, auch wenn die Milch ein Eckprodukt mit zentraler Bedeutung ist. Für viele Kunden ist neben dem Preis auch die gute Beratung, die Einkaufsstätte als solche und das tiefe und hundertprozentige Naturkost- und Naturkosmetikangebot ein wich-

tiges Argument. Ganz wichtig sind hier auch die Authentizität der Menschen im Laden und die regionalen Bio-Angebote.

Welche Entwicklungen nehmen Sie in der Branche war?

Es gibt eine starke Tendenz, sich zu fragen: Wo kommen wir her? – Wo wollen wir hin? Die Entwicklung geht eher weg von der Imitation konventioneller Produkte hin zu individuellen, möglichst einzigartigen Bioprodukten. Dadurch entstehen unterschiedliche, z. T. standortspezifische Sortimente und Ladenkonzepte. Ziel ist es, zu einem hundertprozentigen Biosortiment zu kommen, was die Mitglieder im BNN schon geschafft haben. Denn wir unterstützen die im BNN organisierten Einzelhandlungen mit Sortimentsrichtlinien, die beispielsweise auch für Fisch, für Wildtiere, für diätische Produkte oder Naturkosmetik und Wasch- und Reinigungsmittel den höchsten Standard darstellen. Die BNN-Fachhändler gewährleisten ein verlässliches und natürlich geprüftes Bio-Komplettangebot vom Feinsten. Bei den Kunden ist auch das Thema Verpackung angekommen. Viele bringen inzwischen ihre Verpackungen selbst mit. Das ist nicht immer ganz einfach, wenn es um Fragen der Lebensmittelhygiene an den Frischetheke geht. Immer mehr Bedeutung bekommt also auch die Ökologie in der Einkaufs- und Wertschöpfungskette. Energiesparende Beleuchtung, zertifizierter Öko-Strom, Nachhaltigkeit beispielsweise durch weniger Verpackungen auf der einen Seite und der Bezug aus der Region, von Manufakturen und aus bäuerlicher Bio-Landwirtschaft auf der anderen.



Elke Röder vom BNN

Foto: BNN

Es geht also um mehr als um den eigenen Einkaufskorb und das Gefühl sich gesund zu ernähren?

Ich denke, viele Menschen, die wirklich etwas verändern wollen, fragen sich: Wo trage ich mein Geld hin? Welche Strukturen, welche Unternehmen möchte ich stärken? In diesen Überlegungen wird schnell klar, dass die Kooperation zwischen Bioland und Lidl nicht konsequent ist. Denn es geht um viel mehr als allein um den Preis. In Wirklichkeit geht es um das System, in dem angebaut, verarbeitet und verkauft wird. Wenn Lidl etwas für die Landwirtschaft tun wollte, dann müssen sie dies auch bei den anderen 99 % ihres Angebots tun. Bio im Lebensmitteleinzelhandel bleibt leider meist Greenwashing und dient nur dazu, neue Kundengruppen zu ziehen.

Der Systemwandel hin zu mehr Regionalität und mehr handwerklicher Produktion erfordert auch dezentrale Verarbeitungsstrukturen. Hier ist in den vergangenen Jahrzehnten viel verloren gegangen.

Das ist richtig. Wir als Branche unterstützen regionale Manufakturen und neue Initiativen. Allerdings sind es weniger die Facheinzelhändler, sondern die vorgelagerten Strukturen, beispielsweise die Naturkostgroßhändler, die hier neue Projekte mit anschieben. Und natürlich ist es so: Wenn nur noch Großunternehmen existieren und Maschinen kaufen, dann verschwindet das Maschinenangebot für kleine und mittlere Unternehmen und, was noch schwerer wiegt, es fehlt die Innovation. Durch die immer größeren Verarbeitungsstrukturen ist in der Vergangenheit die Technik für handwerkliche Verarbeiter nur bedingt weiterentwickelt worden. Hier brauchen wir innovative Maschinenbauer, die auf die Anforderungen kleinerer Verarbeitungsstrukturen eingehen.

Vielen Dank für das Gespräch! mn



Alles potentielle Biokunden mit dem Wissen um den Anspruch an einen Systemwechsel

Foto: Nürnberger

Die kritische Debatte zu Neuland, Tönnies und Aldi

AbL-MV beschließt Neuland-Trägerverein zu bleiben und kritisch zu begleiten

Wie damit umgehen, dass der konventionelle Lebensmitteleinzelhandel (LEH) immer stärker bislang auch für ihn uninteressante „Nischen“-Produkte in seinen Regalen will? Diese Frage musste sich nun auch die AbL hautnah stellen, nachdem die Neuland-Vermarktungsgesellschaft West im vergangenen Jahr eine Zusammenarbeit mit Aldi eingegangen war. Ziel von Neuland war es dabei, neue Absatzwege zu erschließen, um weiteren bäuerlichen Betrieben die Teilnahme an dem Tierwohlprogramm zu ermöglichen. Im AbL-Bundesvorstand, in der Unabhängigen Bauernstimme wie auch

auf der AbL-Bundesmitgliederversammlung im vergangenen November wurde der Entschluss der Neuländer in Nordrhein-Westfalen, einen Liefervertrag mit Aldi abzuschließen, kontrovers diskutiert. Die AbL ist einer der drei Trägerverbände, die Neuland als Programm der artgerechten Tierhaltung auf bäuerlichen Betrieben mit gegründet haben. Die Trägerverbände haben die Richtlinienkompetenz in Bezug auf die Ausgestaltung der Tierhaltung und die Frage, welche Betriebe – nämlich bäuerliche, dafür gibt es Bestandsobergrenzen – am Programm teilnehmen dürfen. Neben dem Anspruch, bäuer-

liche Strukturen sichern zu wollen, ergab sich auf der Verarbeitungsseite ein klares Bekenntnis zu handwerklichen Verarbeitungs- und regionalen Vermarktungsstrukturen. Neuland war und ist immer vornehmlich ein Programm für Metzger. Allerdings haben sich die Vermarktungsstrukturen über die Jahre verändert. Vor allem der Strukturwandel im Fleischerhandwerk hat dazu geführt, dass auch über andere Vermarktungswege nachgedacht werden musste und ein entsprechender Beschluss der theoretischen Öffnung gegenüber dem LEH im Neuland-Vorstand schon 2014 gefällt wurde. Zur Kontroverse wurde dies erst 2018, als der Beschluss begann, sich mit Leben zu füllen, weil Aldi konkret bei Neuland angefragt hatte. Die Vermarktungsgesellschaft verhandelte den Vertrag. Als Verarbeiter kam aufgrund verschiedener technischer und logistischer Anforderungen nun das Schlachtbranchenschwergewicht Tönnies mit in die Kette.

Darf ein von der AbL kritisierendes System, das an unterschiedlichen Stellen ökonomisch kleinteilige Strukturen zerstört und Arbeit durch die Ausnutzung von Menschen entwertet, Teil dieser Produktionskette sein? Gibt es vielleicht sogar die Möglichkeit einer aktiven Gestaltung und Veränderung? Diese Fragen beantworteten AbLer unterschiedlich, das wurde in den vergangenen Monaten deutlich. Aus der ablehnenden Haltung resultierte ein Antrag des Landesverbandes Niedersachsen und von Mitgliedern des Landesverbandes Baden-Württemberg auf der AbL-Bundesmitgliederversammlung im November 2018, als AbL die Trägerschaft von Neuland aufzugeben und den Verein zu verlassen. Dieser Antrag wurde nach einer sehr intensiv geführten Debatte von einer Mehrheit der anwesenden AbL-Mitglieder abgelehnt. Ein zentraler Punkt der Kritik in der Debatte waren die zum Teil menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen, unter denen die Werkvertrags- und Leiharbeiter in den Schlachthöfen der Firma Tönnies arbeiten. Weil die AbL einer der Trägerverbände von Neuland sei, untergrabe die geschäftliche Zusammenarbeit zwischen Neuland-Vermarktern und Tönnies die Glaubwürdigkeit der AbL. Befürworter der Zusammenarbeit warben für die Unterstützung, weil damit Bauern und Bäuerinnen wirtschaftliche Perspekti-

Bäuerliche Interessen stärken

Überschrieben hat der AbL-Bundesvorstand sein Papier mit dem Titel „Stärkung der bäuerlichen Interessen, auch in neuen Vermarktungswegen“. Dort heißt es „Seit über 30 Jahren zeigen die Bäuerinnen und Bauern im Neuland-Programm für tiergerechte und umweltschonende Nutztierhaltung, dass eine artgerechte Tierhaltung mit Rindern auf der Weide, Schweinen mit Auslauf und Stroh und Geflügel mit Freiland gelebte Realität landwirtschaftlicher Betriebe sein kann. In der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Debatte um die Nutztierhaltung tritt Neuland damit den Beweis an, dass ein Umbau der Tierhaltung wirtschaftlich und praktisch möglich ist. Neuland hat bereits vor Jahrzehnten eine Vorreiterrolle eingenommen, die bis heute Bestand hat. (...) Alle Unternehmen des filialisierten Lebensmitteleinzelhandels (LEH) in Deutschland suchen mittlerweile nach Fleischwaren, die zu übergesetzlichen Haltungsstandards erzeugt werden. Der LEH reagiert damit auf den auch von der AbL mitgetragenen öffentlichen Druck, die Nutztierhaltung tiergerechter zu gestalten. Die Bedingungen für die Tierhaltung, Schlachtung, Verarbeitung, Preisgestaltung und für den Umgang mit den bäuerlichen Erzeugerinnen und Erzeugern unterscheiden sich jedoch zwischen den verschiedenen LEH-Kooperationen stark. Das ist ein Grund mehr für die AbL, an Kriterien für die Vermarktung von unter Tierwohlgesichtspunkten erzeugten Fleischwaren festzuhalten und am Erreichen der Zielsetzungen mitzuwirken. Viele dieser Kriterien basieren auf dem, was von Neuland-Aktiven entwickelt und erreicht worden ist. (...) Die neuen Geschäftspartner stehen für Strukturen, die aus mehreren Gründen in der AbL stark umstritten sind. Die Kooperation wird daher in der AbL stark diskutiert, von einigen auch im Bundesvorstand abgelehnt. Der AbL-Bundesvorstand hat einstimmig entschieden, sich weiterhin bei Neuland zu engagieren und die neue Zusammenarbeit kritisch zu begleiten. Dafür hat er folgende Kriterien entwickelt, um insbesondere die Interessen der Bäuerinnen und Bauern zu stärken.“

Wichtiges Kriterium zur Stärkung der bäuerlichen Interessen ist ihre Bündelung in Erzeugergemeinschaften. Einzelverträge, wie sie häufig genug von Handelsunternehmen forciert werden, schwächen den Einzelnen und sorgen dafür, dass Bauern und Bäuerinnen gegeneinander ausgespielt und finanziell ausgebootet werden können. Mindestens ebenso wichtig sind Erzeugerpreise, die von den tatsächlichen Kosten der Bauern und Bäuerinnen her kalkuliert werden, nur dann kann man überhaupt von fairen Preisen sprechen. Sie funktionieren auch nur dann, wenn sie sich auf das ganze Tier beziehen und nicht nur Edelteile vermarktet werden. Gerade im Bereich der Tierhaltung müssen Verträge langfristige Perspektiven bieten, damit Ställe umgebaut und auch abbezahlt werden können. Konkret sind fünf Jahre eine Mindestanforderung, um auskömmlich wirtschaften zu können. Groß ist die Sorge vor Abhängigkeiten. Ihnen beugt man vor, in dem man die Marke sichtbar macht und damit den Anspruch verbindet, dass die verbindlichen Richtlinien nicht aufgeweicht werden. Dazu gehören bei Neuland gerade auch Bestandsobergrenzen zur Stärkung vielfältiger bäuerlicher Betriebe. Die Vielfalt muss sich auch in der Vermarktungssituation widerspiegeln. Auch hier gilt es viele Wege zu stärken, um nicht in unerwünschte Abhängigkeit zu geraten. Die AbL und Neuland haben immer auch den Blick über den Tellerrand geworfen. Im Hinblick auf die nun verschriftlichten Kriterien bedeutet das, sich mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in Schlachtung, Verarbeitung und Handel auseinanderzusetzen, sich für eine faire Entlohnung und menschenwürdige Unterbringung einzusetzen und diese auch in direkten Gesprächen einzufordern.

cs



...wurde auch in Berlin geführt

ven für den Erhalt und die Weiterentwicklung ihrer bäuerlichen Betriebe ermöglicht werden könnten. Die Zusammenarbeit schließe die notwendige Kritik und aktive Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in der gesamten Land- und Lebensmittelwirtschaft nicht aus.

Der AbL-Bundesvorstand, der in sich ein ähnlich kontroverses Meinungsspektrum abbildet wie die Mitglieder, empfahl der Mitgliederversammlung für den Verbleib im Neuland-Verein zu stimmen. Dabei geht es um das Signal, die Bauern und Bäuerinnen, die auf ihren Neuland-Höfen jahrelang Pionierarbeit in Sachen artgerechte Tierhaltung geleistet haben, weiterhin zu unterstützen und gleichzeitig Einfluss auf die weiteren Entwicklungen nehmen zu wollen. Der Bundesvorstand hatte zuvor Kriterien formuliert, mit denen eine kritische Begleitung von Neuland initiiert werden soll. Die Kriterien greifen vielfach Aspekte auf, die vielen Neuland-Akteuren Leitlinien ihres Handelns sind.

cs

Leserbrief **Klimawandel und Landwirtschaft**

Das große mediale Getöse zum Auslaufen des deutschen Steinkohlebergbaus macht es meines Erachtens erforderlich, einmal ein paar volkswirtschaftliche Fakten gegeneinander zu stellen.

Der deutsche Steinkohlebergbau hatte zu Hochzeiten nach dem Zweiten Weltkrieg ca. 600.000 Beschäftigte. Hinzu kamen noch Beschäftigte in seinem Umfeld, der Zulieferindustrie und im Dienstleistungsbereich. In dieser Zeit war Kohle der wesentliche Energieträger des deutschen Wiederaufbaues. Von dieser Position wurde die Kohle in den letzten 40 Jahren durch Erdöl und Erdgas verdrängt. Deutscher Kohlebergbau war zunehmend nur noch möglich durch massive private (Kohlepfennig) und staatliche Subventionierung. Man muss also feststellen, dass in den letzten Jahrzehnten massiv Steuergelder in eine ökologisch problematische, für immer weniger Menschen relevante Industrieproduktion gepumpt wurden. Auch mit Ende der Kohleförderung werden Generationen noch immense Gelder zur Bewältigung der bergbaulichen Spätfolgen aufwenden müssen. Bei allem menschlichen Verständnis für die Trauer der betroffenen Kumpel wurde es höchste Zeit, diesen volkswirtschaftlichen Unsinn zu beenden.

Halten wir einmal den Landwirtschaftssektor dagegen. Im Jahr 1950 waren dort noch 4,8 Mill. Menschen beschäftigt auf 1,6 Mill. Bauernhöfen. 1970 war die Zahl der Beschäftigten auf 2,7 Mill. auf 1,1 Mill. Höfen gesunken. Heute sind es noch 637.000 Menschen auf 280.000 Betrieben über fünf Hektar. Auch hier kamen natürlich noch Zulieferer, Handwerk und Dienstleister dazu. Wir reden hier also von Dimensionen, die ein Vielfaches

über denen des Bergbaues liegen. Dieser Prozess des „Wachsens oder Weichens“, den in den 60er Jahren der damalige EWG-Agrarkommissar Sicco Mansholt propagierte, wurde in der Öffentlichkeit mit einem Achselzucken zur Kenntnis genommen. Auch der Bauernverband machte das Spiel mit, zu sehr waren seine Spitzenfunktionäre mit der Lobby des sich entwickelnden agrochemischen Komplexes verbandelt. Dabei waren die Folgen dieses Strukturwandels ab einem gewissen Punkt für die Volkswirtschaft negativ (Verödung der Dörfer, ökologische Probleme durch Intensivierung, Überschussproduktion und Abnahme der Biodiversität usw.) Das heißt, hier wäre es volkswirtschaftlich sinnvoll gewesen, den Strukturwandel durch eine entsprechende Subventionspolitik zu bremsen wie z. B. in Norwegen. Auch Sicco Mansholt hat in seinen letzten Lebens-

jahren die Intention des nach ihm benannten Planes als Fehler bezeichnet. Die tatsächliche Subventionspolitik der EU ging leider in die entgegengesetzte Richtung nach dem Motto „Auf den größten Haufen wird gesch...“. Es hätte der medialen Berichterstattung gut angestanden, jenseits aller Krokodilstränen, diese Fakten in einer Gegenüberstellung beider Sektoren einmal zu erwähnen.

*Wolfgang Eisenberg,
Bösen*

Leserbrief **Neuland und ALDI**

Liebe AbLerInnen, auch wenn wir am Abstimmungsverhältnis der Mitgliederversammlung zum Thema Aldi/Neuland nichts mehr ändern können, so möchten wir doch noch einmal deutlich machen, dass wir einen Austritt der AbL aus dem Trägerverein von Neuland für sinnvoll, ja sogar notwendig halten. Das Thema Neuland/Aldi/Tönnies geht uns nahe, weil es aus unserer Sicht tief in unser Selbstverständnis als AbLerInnen, als Bauern und Bäuerinnen, als VerbraucherInnen und AktivistInnen für eine gerechtere Welt reicht. Von allen Discountern senkt Aldi als erster die

Preise - trotz Dürre und der überaus schwierigen Situation der Milchbauern hat er im August letzten Jahres den Butterpreis gesenkt. Für uns sind Discounter der Inbegriff eines Gegners der Bäuerlichen Landwirtschaft. Es zählt nur ein: kein anderer darf billiger sein. Übergeordnetes Ziel ist Gewinnmaximierung auf dem Rücken aller Bauern, Näherinnen, ArbeiterInnen, etc. weltweit. Und dann noch Tönnies. Wieviele AbLerInnen haben schon gegen Tönnies demonstriert? Und das zurecht. Zu hoffen, Tönnies wird durch eine kritische Begleitung durch die AbL etwas an seinem Sys-

tem ändern ist legitim, aber wohl nicht realistisch. Wir haben uns entschieden, in der AbL aktiv zu sein, weil wir für eine unabhängige, faire, bäuerliche Landwirtschaft stehen. David wird nicht auf Augenhöhe mit Goliath Geschäfte machen können, ohne dessen Überlegenheit zu spüren zu bekommen. Neuland beschreitet hier keine neuen, zukunftsweisenden Wege, sondern knickt ein in die Ideologie des Wachsens oder Weichens. Gerade jetzt, wo zig tausende Menschen mit uns auf die Straße gehen gegen das System Aldi und Tönnies, gerade jetzt beginnt Neuland - und damit auch die AbL - eine

Zusammenarbeit mit diesen Giganten. Viele unserer Mitglieder bemühen sich, kleine, regionale Strukturen aufzubauen und zu erhalten, sie sind ein wichtiger Teil in der AbL. Für uns kommt eine Kooperation mit Aldi und Tönnies einer Kapitulation vor DEM GROßEN gleich. Das kann nicht unsere Vision sein! Wir haben Agrarindustrie und industrielle Verarbeitung und Vermarktung nämlich wirklich satt!!!

Gertraud Angerpointner, Hans Zacherl, Sepp Linhuber, Isabella Hirsch, Georg Martin, Georg Planthaler, Lucia Egner und Hans Lachner

Bestellcoupon

Ich bestelle:

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. unter www.bauernstimme.de

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe □ 2019 Schwerpunkt: Landwirtschaft für Europa 24,00 Euro □ 2018 Schwerpunkt: Globalisierung gestalten 10,00 Euro, weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter www.bauernstimme.de bzw. www.kritischer-agrarbericht.de

Das wahre Landleben!

Bücher:

- ... 10,00 € - Wir Bauern sind anders
- ... 9,80 € - Sechs Wochen auf der Scholle
- ... 11,00 € - Bauernparty
- ... 11,00 € - Nützt ja nix
- ... 11,00 € - Schubkarrenrennen
- ... 11,90 € - Der Wollmützenmann
- ... 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- ... 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

CD:

- ... 10,00 € - Einmal Bauer immer Bauer
- ... 10,00 € - König Silo
- ... 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- ... 10,00 € - Ein Bauer erzählt

Bitte Adresse einsetzen:

- ... 9,50 € - live im Lutterbecker **Bodenpolitik in Ostdeutschland**
- ... 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- ... 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

Aktuelle Broschüre

- ... 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

Hofschilder und Poster

- ... 30,00 € "Wir sind ein AbL Bauernhof"
- ... 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- ... je zzgl 5,50 € € Versand

Junge Landwirtschaft:

- ... 8,00 € - Agrarpolitik in der Leehre
- ... 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €

Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: verlag@bauernstimme.de, oder

ABL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

(Klein) Anzeigen & Veranstaltungen

Hof und Arbeit

- **Landwirtschaftlicher Gemischbetrieb**, Acker, Wiese, Wald, ca. 20 ha, ebene Ortsrandlage, Direktverkauf, Stadtrand Nähe Nürnberg, sucht engagierte ÜbernehmerIn für nachhaltige Landwirtschaft. Tierhaltung möglich. ☎ 0151/ 56 98 21 56
- **Hof Stolze Kuh bietet Stelle!** Du bist handwerklich geschickt, kannst gut mit Technik umgehen und bist lösungsorientiert? Melde dich unter: stolzekuh@posteo.de

**Jahresmitgliederversammlung Landesverband NRW**

20.02.2019, 11.00 Uhr

11.00 Uhr Mitgliederversammlung
12.30 Uhr Mittagessen
13.30 Uhr öffentliche Jahrestagung:

Umsetzung der Düngeverordnung in die Praxis

Referenten:

- Dr. Peter Hamel, Landwirt, Agrarwissenschaftler, AbL Hessen **Durch Güllebehandlung die Ziele des Klimaschutzes auch mit vorhandener Ausbringtontechnik erreichen**
- Michael Schmidt, AK Landwirtschaft, Wasser und Boden (ALWB) **Vorstellung von Ausbringtontechnik, um Ziele des Wasserschutzes zu erreichen, die auch für die Umsetzung der Düngeverordnung in Betracht kommen**
- Zu Gast: Martin Hannen, MULNV

Ort: Haus Burger, Linder Straße 30, 51789 Lindlar-Linde

Tagung:**Achtung: Gentechnik reloaded – Gentechnikfreiheit jetzt sichern**

Vom 1. bis 3. März 2019 lädt die AbL gemeinsam mit anderen Verbänden zu einem Informations- und Mobilisierungstreffen zur neuen und alten Gentechnik in der Landwirtschaft ein. Denn: Sie sind wieder da – die Befürworter*innen der Gentechnik mit ihren Heilsversprechungen. Jetzt soll möglich sein, was sich mit den alten Gentechnikverfahren nicht erreichen ließ. Trotz EuGH-Urteil, das festgestellt hat, dass die neuen Gentechnikverfahren Gentechnik sind und als solche zu regulieren sind, will die Gentechnik-Industrie und ihre Lobby dies verhindern und die geltenden Gesetze zum Schutz von Mensch und Umwelt vor den Risiken der Gentechnik sollen aufgeweicht werden.

Weitere Informationen und Anmeldung bei volling@abl-ev.de und unter www.abl-ev.de/termine.

Ort: Euroville, Am Michaelsholz 115, 06618 Naumburg/Saale

**Einladung zum Frauen*-Treffen**

08. - 10.03.2019 Meuchefitz, Wendland

Interessiert ihr euch auch für mehr Vernetzung, Austausch zu gemeinsamen Themen, kreativen Widerstand und lebenswertes Leben in ländlichen Regionen?

Wir werden die Zeit auf einem Ferienhof verbringen, gemeinsam kochen, uns Höfe in der Region anschauen und uns die Zeit nehmen, uns interaktiv als Gruppe zu finden und gemeinsame Themen erarbeiten!

Weitere Informationen in der Märzausgabe.

Kosten: Unterkunft gegen Spende, Ausgaben für Essen & Trinken unterwegs müssen selbst getragen werden. Es wäre toll, wenn jede Teilnehmer*in etwas für die gemeinsamen Mahlzeiten mitbringen würde!

Ort: Gasthof Meuchefitz, Meuchefitz 19, 29482 Küsten
Bitte für unsere Planung bis zum 28.2.2019 anmelden unter: frauenabl@gmail.com

**Jahresmitgliederversammlung Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland**

24.02.2019, 10.00 Uhr - 16.00 Uhr

Thema u.a.: Agroforstsysteme

Vortrag von Philipp Gerhard und Erfahrungsaustausch (Infos: www.baumfeldwirtschaft.de)

Ort.: St. Martin Gastronomie, Eifel-Maar-Park 11, 56766 Ulmen
Teilnahmebeitrag 20,00 € für Verpflegung und Vortrag

**Frühjahrstagung AbL-Bayern**

21.02.2019, 10.00 - 16.00 Uhr, 86706 Weichering

Biodiversität, Düngeverordnung und Klimawandel - Lösungsansätze einer bäuerlichen Landwirtschaft und Forderungen an die Agrarpolitik

Programm:

- Die Situation der Artenvielfalt in unserer Kulturlandschaft – mit welchen Maßnahmen können wir die Biodiversität sichern?
- Kritische Betrachtung der neuen Düngeverordnung
- Klimawandel - Klimaschutz und -anpassungsstrategien in der Landwirtschaft

Ort: Landgasthof Vogelsang, Bahnhofstraße 24, 86706 Weichering
Anmeldungen bitte bis 14.02.2019 an: abl-bayern@web.de

Nutzung und Erhaltung von bäuerlichen und alten Sorten/Arten im Ackerbau

21.-22.2.2019

1Erfahrungsaustausch, Vernetzung, Einblicke

Einladung an alle Bäuerinnen & Bauern, Vereine und Organisationen mit Sortenerhaltung oder bäuerlicher Züchtung, Bäckereien, Mühlen, Handel und auch neue Interessierte. Neben kurzen Vorträgen wird es viel Zeit für den Austausch von Erfahrungen, Ideen und Konzepten zwischen den TeilnehmerInnen zu verschiedenen Themen geben.

Anmeldung bis zum 19.02.2019 telefonisch oder per E-Mail bei: AbL NRW, Svenja Holst, Email: holst@abl-ev.de, Tel. 02381-9053170
Die Tagung inklusive Getränken sowie Mittagessen am Freitag ist kostenlos. Die Kosten für das Abendessen am Donnerstag und eine Unterkunft müssen von den TeilnehmerInnen selbst bezahlt werden.
Ort: Outlaw gGmbH, Stadtteilzentrum FeidikForum und Ca...
Feidijkstraße 27, 59065 Hamm

**Frühjahrstagung - Landesverband Niedersachsen/Bremen**

17.03.2019, 10.00 - 17.00 Uhr

Agrar-„Sozial“-Versicherung Die Lücken werden größer!

Ende der Hofabgabeklausel und Verpflichtung zur Krankenversicherung, Renten, die besonders für Pachtbetriebe nicht ausreichen, Ungewissheit bei der Weiterentwicklung der Rentenversicherung und fehlende finanzierbare Alternativen für eine Alterssicherung, keine ausreichende Betriebshilfsdienste... – Die Liste der Brennpunkte wird größer.

Als Referentin berichtet Frau Iris Flentje, sozio-ökonomische Beraterin der Landwirtschaftskammer aus ihrem Beratungsalltag. Danach werden wir diskutieren, welche politischen Forderungen sich aus dieser Situation ergeben.

Anschließend Mitgliederversammlung.

Ort: Gasthaus zur Mühle, Hauptstr. 20, 27313 Dörverden-Westen
Weitere Angaben folgen.

**Jahresmitgliederversammlung Landesverband Baden Württemberg**

31.03.2019, 10.00 - 16.00 Uhr

Bäuerliche Interessenvertretung in Zeiten von Globalisierung und Bio im Discounter

- Podiumsdiskussion zum 30. Geburtstag des AbL-Landesverbandes Baden-Württemberg mit den Gründungsmitgliedern Wolfgang Reimer und Anneliese Schmech, sowie Mareike Artlich (junge AbL) und Hans Möhrle (Erzeugerorganisation EZO Süd)
 - Bericht von den Aktivitäten des AbL-Bundesverbands, Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer
 - Mittagessen
 - Mitgliederversammlung mit Berichten und Vorstandswahlen
- Ort: Gasthof Sonne, Tailfinger Str. 17, 71083 Herrenberg-Gültstein
Gäste sind herzlich willkommen!

Netzwerktreffen

08.-09.02.2019, Tempelhof
Frühjahrstagung des Netzwerks Solidarische Landwirtschaft. Alle Interessierten sind herzlich willkommen!

Infos und Anmeldung unter: www.solidarische-landwirtschaft.org/aktuelles/netzwerktreffen

Gemeinsame Agrarpolitik

08.-10.02.2019, Loccum
Seminar: „Zielorientierung in der gemeinsamen Agrarpolitik: Aber welche Ziele – und welche Mittel?“

Infos und Anmeldung: <http://www.loccum.de/programm/anmeldung.html>

Darf's auch ein bisschen weniger sein

13.-14.02.2019, Hohebuch
ASG-Seminar Mit Genügsamkeit zum guten Leben“.

Infos und Anmeldung: www.asg-goe.de

Landwirtschaft im Wandel

16.02.2019, 16 Uhr, Westerstede
Ausstellungseröffnung: Landwirtschaft im Wandel - Agrarwende.

Ort: Jaspershof, Westerstede

Die neue Düngeverordnung - mehr Schaden als Nutzen

Lösungsansätze von Jens Keim und Dr. Peter Hamel

12.2.19, 19.30 Uhr 83379 Weibhausen
13.2.19, 13.00 Uhr 94405 Rottersdorf
und 20.00 Uhr 94372 Rattiszell,
Gasthaus Ettl
14.2.19, 19.30 Uhr, 91567 Herrieden-Schernberg

Silopläte und Festmistlager planen und bauen

26.02.2019, 10.-15.30 Uhr, Echem
Anforderungen an den Silobau, Genehmigungsverfahren, praktische Umsetzungsmöglichkeiten, Tipps zur Fehlervermeidung stellt Alfons Fübbecke, Fachreferent der LWK Niedersachsen, auch anhand der Echemer Siloanlage, vor.

Anmeldung unter www.lbz-echem.de**Ackern ohne Glyphosat**

26.02.2019, 20 Uhr, Grobfefehn
Informations- und Diskussionsveranstaltung für alle interessierten Landwirte und Verbraucher mit den Experten: Udo Hattermann, Leiter der Fachgruppe Pflanze der LWK Aurich und Jan Wittenberg, Bioland-Ackerbauer aus der Region Hannover und AbL-Bundesvorstand.

Ort: Gaststätte de Wall, Postweg 69, 26629 Grobfefehn-Holtrop

Billiges Fleisch – wer zahlt den Preis?

28.02.2019, 9.30 Uhr, Osnabrück
Vortrag und Diskussionsveranstaltung zum System der Fleischindustrie und den Verhältnissen entlang der gesamten Produktionskette mit Peter Kossen, Pfarrer in Lengerich und Streiter für faire Arbeitsbedingungen in der Schlachtbranche und Ottmar Ilchmann, Landesvorsitzender Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft.

Ort: Gemeindehaus, Bergstr. 16, 49076 Osnabrück

Kontaktforum Hofübergabe

01.-02.03.2019, Fulda
Infos und Anmeldung: www.oeko-junglandwirte-netzwerk.de



Blankenfelde

Natürlich wollen wir wie immer früh losfahren, im Dunkeln noch, um endlich einmal rechtzeitig zu Georgs Rede in Blankenfelde zu sein. Das hat auch geklappt aber geplatze Hydrauliköldichtungen und hoffnungslos veraltete Navigationsgeräte werfen uns um Stunden zurück. Von Brandenburgs geflickten Waldwegen gründlich geschüttelt und gerührt fahren wir schließlich müde und lahm



gegen halb elf am späten Abend an dem kleinen alten Trecker vorbei, der wie zur Begrüßung am Hofeingang von Blankenfelde steht. Müssten die Kinder, die fröhlich auf ihm rumhüpfen und uns zujubeln, nicht längst im Bett sein? Am Lagerfeuer vorbei rollen wir über den von unzähligen Treckern vollgeparkten Hof, durch das Spalier der uns mit erhobenen Bierflaschen grüßenden Bäuerinnen und Bauern. Mit einem Mal ist alle Müdigkeit verfliegen und da ist nur noch Freude, Freude, Freude.



Weil wir spät sind müssen wir so weit hinten parken wie noch nie. Auf dem Weg in den Speisesaal freudige Begrüßungen, Umarmungen, strahlende Augen in lachenden Gesichtern. Das Jahr beginnt in Blankenfelde und so wie es sich jetzt anfühlt kann es nur ein gutes Jahr werden, ach was ein wundervolles Jahr!



unabhängige bauernstimme: auf ein Neues!

02/2019

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (46,00 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 32,00 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- € bzw. 35,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221
Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter www.bauernstimme.de/datenschutz

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539

ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.